Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 117. **Donnerstag, den 29. September 1932.** **35. Jahrg.**

Papen vor dem Untersuchungsausschuß

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat als Untersuchungsausschuß erneut zusammen, um die Beweisaufnahme über

die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung

durch Vernehmung der Mitglieder der Reichsregierung und weiterer Zeugen abzuschließen und im Anschluß daran über Anträge und Aufhebungen von Notverordnungen zu beraten.

Geladen sind als Zeugen Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Staatssekretär Dr. Planck sowie einige Reichstagsabgeordnete und mehrere von Fraktionen genannte Zeugen der Vorgänge.

Unter lebhafter Spannung wurde zunächst

Reichskanzler von Papen in den Saal gerufen,

der alsbald erschien und dem Vorsitzenden gegenüber Platz nahm. Der Reichskanzler wies zunächst darauf hin, daß Reichstagspräsident Göring im ersten Teil der letzten Reichstagssitzung nicht ausdrücklich festgestellt habe, daß durch Ausfall des Einspruches der kommunistische Antrag auf Abänderung der Tagesordnung angenommen worden sei. Er habe deshalb erwartet, daß der Präsident nach Wiedereröffnung der Sitzung noch einmal den kommunistischen Antrag zur Abstimmung stellen würde. Nachdem dies aber nicht der Fall gewesen sei, habe er sich sofort erhoben und ums Wort gebeten. Der Reichstagspräsident habe eine abwehrende Geste gemacht und gesagt: „Zu spät, wir sind in der Abstimmung." Dann habe der Staatssekretär den Präsidenten auf die Wortmeldung hingewiesen, und als auch das erfolglos geblieben sei, habe er, der Kanzler, sich zum zweitenmal, wiederum ohne Erfolg, zum Wort gemeldet. Der Reichskanzler betonte, daß er dann

das Auflösungsdekret

auf den Tisch des Präsidenten gelegt habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich nur ausdrücklich zum Wort gemeldet habe oder nachher auch durch Aufstehen oder Handaufheben, erwiderte der Kanzler, er sei nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt:

„Ich bitte ums Wort."

Ich nehme aber an, so fügte der Kanzler hinzu, daß das bei der Unruhe des Hauses am Stenographentisch nicht verstanden worden ist.

Reichstagspräsident Göring betonte dazu, der Reichskanzler sei erst aufgestanden, nachdem er, der Präsident, die Worte ausgesprochen hätte, „Wir stimmen ab". Die Äußerung des Kanzlers „ich bitte ums Wort" habe er nicht verstanden. Der Präsident fragt dann den Zeugen, ob er nicht als erstes „amtlich" gebraucht hätte. — Reichskanzler von Papen: „Ich habe das Wort ‚amtlich' überhaupt nicht gebraucht."

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Pfleger (Bayer. Volkspartei), ob er nicht während der Pause versucht habe, eine Wortmeldung einzureichen, erwiderte der Reichskanzler, es sei dies aus dem einfachen Grunde nicht geschehen, weil er angenommen habe, daß der kommunistische Antrag abgelehnt werden würde.

„Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß

die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde.

Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde, und war selbst völlig überrascht." — Auf die Frage des Abg. Dr. Franck II (Natsoz.) an den Kanzler, ob er die Auffassung habe, daß die Abstimmung nicht rechtswirksam sei, erwiderte der Kanzler, sie sei nicht rechtsgültig, denn sie sei erfolgt nach Zustellung des Auflösungsdekrets. Auf die weitere Frage, ob ihm bekannt sei, daß während einer Abstimmung Wortmeldungen nicht entgegengenommen würden, entgegnete der Kanzler, daß die Abstimmung seiner Auffassung nach noch nicht begonnen hatte.

Im Verlaufe eines längeren Frage- und Antwortspiels gab der Reichskanzler die Erklärung ab, daß er vor dem Überwachungsausschuß nicht erschienen sei, weil nach Auffassung der Nationalsozialisten die Regierung nicht mehr zu Recht bestehe und er sich sonst der Tatsache ausgesetzt hätte, daß man ihn frage, „was wollen Sie denn hier? Sie sind nicht mehr im Amt." Von vornherein habe übrigens

nicht die Absicht der Auflösung bestanden.

Der Kanzler bestätigte, daß er sich die Auflösungsurkunde erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft habe. Die Absicht, den Reichstag bei Wiederbeginn der Sitzung auf jeden Fall aufzulösen, habe nicht bestanden.

In Fortsetzung der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung hob Reichstagspräsident Göring hervor, daß er selbstverständlich dem Regierungschef das Wort zur Regierungserklärung erteilen würde, wenn er das nach der Geschäftsordnung und nach der Verfassung könne, an die er gebunden sei. Bei einer Besprechung habe der Kanzler keinen Zweifel gelassen, daß er eine Abstimmung über das Mißtrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würde. — Reichskanzler von Papen bestätigte diese Mitteilung durch Kopfnicken.

Auf die Frage, wann die Auflösungsorder unterzeichnet worden sei, in der Pause oder schon bei Beginn der Sitzung, erklärte der Reichskanzler, er müßte es bedauern, diese Neugierde nicht befriedigen zu können.

Damit schloß die Vernehmung des Kanzlers.

Der Zeuge Reichsinnenminister Freiherr von Gayl bestätigte im wesentlichen die Aussagen des Reichskanzlers.

Staatssekretär Dr. Planck

bestätigte, daß sich der Reichskanzler zweimal zum Wort gemeldet habe; er erinnere sich, daß der Reichstagspräsident bei der ersten Wortmeldung des Reichskanzlers eine abwehrende Handbewegung gemacht habe. Der Reichstagspräsident bestritt dies und empfahl die Anberaumung eines Lokaltermins im Sitzungssaal.

Damit war die Vernehmung der Reichsminister und des Staatssekretärs erledigt. Es wurden dann noch einige Reichstagsabgeordnete und Personen, die auf der Publikumstribüne den Verhandlungen beigewohnt haben, vernommen. Wesentlich Neues brachten diese Zeugenaussagen nicht. Darauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Göring bekommt Recht.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nahm als Ergebnis der Beweisaufnahme über die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und des Vertreters der Bayerischen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen zunächst einen auf Wunsch des Zentrumsabgeordneten Wegmann erweiterten nationalsozialistischen Antrag an, wonach der Ausschuß feststellt:

„Reichskanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Präsidenten entsprach sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden. — Aus den Ausführungen des Reichskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag noch vor der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen."

Weiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß es die Absicht des Kanzlers gewesen sei, seine Regierungserklärung abzugeben und die Aussprache stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung die Auflösung herbeizuführen. Der Reichskanzler habe auch die Möglichkeit erkannt, daß sofort abgestimmt werden würde.

Annahme fand auch der weitere Teil des sozialdemokratischen Antrages, wonach der Ausschuß daran festhält, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und dem Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Ferner nahm der Ausschuß mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten einen kommunistischen Antrag an, die Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres und die Notverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten sowie die bisher von diesen verhängten Urteile sofort aufzuheben.

Schließlich wurde noch mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der Reichspräsident wolle die Notverordnungen vom 4. September aufheben. Es fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, die Notverordnungen vom 4. und 5. September außer Kraft zu setzen. Außerdem wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten ein kommunistischer Zusatzantrag angenommen, der dahin geht, daß alle auf Grund dieser Notverordnungen bereits getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen sind und daß ferner die Reichsregierung unverzüglich vor dem Ausschuß zu erscheinen hat. Ein weiterer Antrag verlangt sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 19. September. Damit war die Tagesordnung des Ausschusses erledigt.

Die Polizei im Reichstagsgebäude

Ein parlamentarisches Nachspiel.

Der Polizeiuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtags behandelte am Mittwoch die polizeiliche Durchsuchung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum 13. September d. J. Als Zeugen sind für den Fall geladen u. a. Reichstagspräsident Göring, der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, Polizeipräsident Melcher und die beteiligten Beamten des Polizeipräsidiums. Zu Beginn der Sitzung gab ein Vertreter des Reichskommissars eine Erklärung ab, in der

die Ausfagegenehmigung für die Beamten des Polizeipräsidiums verweigert wird.

Der Berichterstatter, Abg. Möller-Halle (Soz.), hob hervor, daß Regierungsrat von Werder den Versuch, die Genehmigung des Reichstagspräsidenten für die Durchsuchung des Reichstagsgebäudes herbeizuführen, überhaupt nicht unternommen habe. Bei den Akten des Innenministeriums befinde sich u. a. ein Schreiben des Innenministeriums an den Polizeipräsidenten, in dem gesagt wird, daß das Innenministerium die Rechtsauffassung des Regierungsrats von Werder nicht teile. Es werde aber lediglich die Erwartung ausgesprochen, daß Regierungsrat von Werder künftig die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Schranken der von ihm anzuwendenden Polizeigewalt gewissenhaft beobachte. Der Berichterstatter sprach die Vermutung aus, daß das Vorgehen des Regierungsrats von Werder vorbereitet gewesen sei. In den Akten sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, von wem die fernmündliche Mitteilung an Regierungsrat von Werder stamme, daß ein Sprengstoffanschlag im Reichstagsgebäude geplant sei. Wie in vielen Prozessen, so spiele also auch hier

der „große Unbekannte"

eine Rolle, der bei den Richtern nur ein mildes verständnisvolles Lächeln auslöse. Schließlich teilte der Berichterstatter aus den Akten noch eine Bekundung des Direktors beim Reichstage, Geheimrat Galle, mit, wonach am Morgen des 13. September eine Polizeikommando Einlaß in den Reichstag begehrt habe mit der Begründung, zum Schutze für die Fraktionssitzung der NSDAP. eingesetzt worden zu sein. Dem Polizeikommando sei aber der Einlaß nicht gewährt worden. Ebenso sei ihm der daraufhin nachgesuchte Zutritt zum Hause des Reichstagspräsidenten versagt worden.

Abg. Hamburger (Soz.) und Abg. Kasper (Komm.) erklärten, daß es nur im Interesse der Regierung und der Polizei liege, wenn die leitenden Polizeibeamten vernommen würden. Abg. Freisler (Nat.-Soz.) erblickte in der Aussageverweigerung eine Verfassungsverletzung. Abg. Borck (Dtn.) betonte, der Reichskommissar fühle sich nun einmal diesem Landtag nicht verantwortlich, der ja auch gar nicht arbeitsfähig sei. Ob Verfassungsbestimmungen verletzt wurden oder nicht, sei für diesen Fall, wo es sich um Staatssicherheit handele, gleichgültig.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern hatte inzwischen den Ausschuß verlassen. Abg. Meisterman (Ztr.) empfahl, der Regierung nahezulegen, wieder einen Vertreter zu entsenden, da die Zeugenaussagen doch auch für sie von Interesse sein dürften. Der Vorsitzende ließ das Ministerium diesbezüglich telephonisch verständigen.

Der Ausschuß trat dann in die Zeugenvernehmung ein. Der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, betonte, daß er Einspruch gegen die polizeiliche Durchsuchung des Reichstages erhoben hätte. Von Herrn von Werder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0001

mit mehreren Schutzpolizeibeamten im Präsidentenhaus erschienen

mit dem Auftrage, das Haus, in dem eine Fraktionssitzung der Nationalsozialisten stattgefunden habe, zu beschützen. Göring habe diesen Schutz abgelehnt und Dr. Bracht mitgeteilt, wenn noch einmal so etwas vorkomme, alle technischen Gegenvorbereitungen von sich aus zu treffen. Er hätte in diesem Falle die Schließung des Präsidentenhauses sowie die Bewaffnung der Beamten angeordnet. Inoffiziell habe er erfahren, daß Herr von Werder, den man jetzt als Karnickel herausstelle, den Auftrag zur Durchsuchung von höherer Stelle erhalten hätte. Er, Göring, habe den Eindruck, daß der Auftraggeber Dr. Bracht selbst gewesen sei.

Abg. Torgler (Komm.) sagt aus, daß in den Fraktionsräumen der Kommunisten zugeschnürte Pakete, in denen man vielleicht Sprengstoff hätte annehmen können, nicht geöffnet worden seien, dagegen aber Papiere und Schriftstücke durchgewühlt worden seien. Der Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion, Kühne, hat ebenfalls den Eindruck gehabt, daß nicht nach Sprengstoff, sondern nach Akten gesucht worden sei.
sei ihm ausdrücklich mitgeteilt worden, daß der Polizeipräsident den Auftrag zur Durchsuchung gegeben habe.

Reichstagspräsident Göring sagte als Zeuge aus, daß er über die Vorgänge im Reichstag erst am nächsten Vormittag unterrichtet worden sei. Er habe den Eindruck, daß diese Polizeiaktion schon am Nachmittag des 12. September im Zusammenhang mit den Vorgängen der Reichstagssitzung beschlossen worden sei. Wenn wirklich wichtiges Material vorgelegen hätte, so hätte er auch die Erlaubnis zur Durchsuchung erteilt. Es handele sich um einen krassen Übergriff der Polizei gegenüber den Rechten des Reichstagspräsidenten. Am Vormittag des 13. September sei ein Wachtmeister

Nachdem noch der Hauptinspektor des Reichstages vernommen worden war, beschloß der Ausschuß, durch Rückfrage beim Reichskommissar festzustellen, ob eine Pressemeldung, daß die politische Polizei niemals Aussagegenehmigung erhalte, authentisch sei. Gegebenenfalls will der Ausschuß mit einer Gegenerklärung an die Öffentlichkeit treten. Der Vorsitzende brachte dem Ausschuß ein Schreiben Dr. Brachts vom 26. September an Reichstagspräsident Göring zur Kenntnis, in dem erklärt wird, daß Angaben über die Herkunft der Nachricht wegen des angeblich beabsichtigten Anschlages nicht gemacht werden könnten, da sie die polizeilichen Maßnahmen unter Umständen gefährden würden. Oberregierungsrat Diehls von der Polizeiabteilung des Innenministeriums, Regierungsrat von Werder, und vier weitere Polizeibeamte gaben sämtlich an, keine Aussagegenehmigung zu haben. Der Vorsitzende schlug vor, daß der Ausschuß gegen das Verhalten des Reichskommissars gegenüber dem Untersuchungsausschuß Stellung nehme. Es lägen bereits von den Nationalsozialisten, von den Kommunisten und vom Berichterstatter Protestentschließungen vor. Der Ausschuß beschloß die Einsetzung einer Redaktionskommission zur Ausarbeitung eines einheitlichen Entschließungsantrages. Die Deutschnationalen lehnten eine Beteiligung an der Redaktionskommission ab, da sie das Verhalten des Reichskommissars billigten.

Frankreich will keine Verständigung!

Papen antwortet Herriot

Reichskanzler von Papen empfing einen Pressevertreter, der an den Reichskanzler die Frage richtete, ob er in der Sonntagsrede des französischen Ministerpräsidenten eine Förderung der Abrüstungsaussprache erblicke: Der Reichskanzler erwiderte:

Leider muß ich dies verneinen. Ich sehe darin nur eine neue Erschwerung jeder Verständigung und eine Bestätigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September.

In einer Reihe französischer Kundgebungen, von denen die Rede in Gramat die vorläufig letzte ist, werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt und die Debatte wird verschoben. Daher stelle ich fest: Es handelt sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des

Abrüstungsversprechens der anderen Mächte.

Von deutscher Aufrüstung ist keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Deutschland ist vor sechs Jahren ohne Vorbehalt hinsichtlich seiner Gleichberechtigung in den Völkerbund aufgenommen worden und selbst in Versailles, wo die Siegermächte sich nicht gescheut haben, Deutschland die unerhörtesten Bedingungen aufzuerlegen, hat niemand die

ständige Disqualifizierung Deutschlands

auf militärischem Gebiete zu fordern gewagt. Jetzt soll die Entwicklung des letzten Jahrzehnts, die auf Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen hindrängt, rückwärts revidiert und Deutschland der Status eines Volkes minderen Rechts auferlegt werden. Das können wir natürlich nicht hinnehmen.

Die Frage, die weder in der französischen noch in der englischen Meinungsäußerung bisher beantwortet worden ist, lautet: Welche Anwendung finden die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz auf Deutschland? Wir verlangen selbstredend, daß die Abrüstungskonvention, auf die die Welt schon so lange hat warten müssen, auf uns ebenso anwendbar sei wie auf alle anderen Staaten. Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu Unrecht als Aufrüstung verdächtigt werden, besagen nichts anderes, als daß wir — selbstverständlich im Rahmen der Konvention — dieselbe

Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen

an unsere sozialen und nationalen Bedürfnisse verlangen, die jedem anderen Staate zusteht. Wir haben angeboten, über Art und Umfang dieser Anpassung zu verhandeln. Ferner fordern wir, daß wir mit gleichem Maße hinsichtlich der Rüstungsfaktoren gemessen werden, wie andere auch.

Die Rede von Gramat beweise, daß man gewillt sei,

mit zweierlei Maß zu messen.

Deutschland solle sich mit juristischen Sicherheitskonstruktionen begnügen, während andere Staaten den größten Teil ihrer ungeheuerlichen militärischen Rüstungen beibehalten wollten. Die rechtliche Argumentation der französischen und englischen Regierung sei gänzlich unhaltbar. Wenn der französische Ministerpräsident beklage, daß man

Kindern die Kunst des Tötens lehre,

übersehe er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren in großem Stil betrieben werde. Demgegenüber sei festzustellen, daß die sportliche Ertüchtigung der deutschen Jugend keinerlei militärischen Charakter trage und lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben bezwecke.

Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß die französischen Angaben über die

französische Heeresverminderung irreführend

seien, weil das Schwergewicht der französischen Armee in den Reserven liegt. Nur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung könne die Entspannung zwischen den Völkern herbeiführen. Endlich wendet sich der Kanzler scharf gegen die Behauptung Herriots, daß Frankreich einen Anspruch auf

Dank für den Ausfuhrüberschuß

verlangen könne. Auch ein Dank für die Schuldenstreichung wäre nur am Platze gewesen, wenn diese vor einem Jahre erfolgt wäre. In Lausanne hätten die Gläubiger lediglich das Fazit aus einer unhaltbaren Situation gezogen.

Die preußische Verwaltungsreform

Die Neugliederung der preuß. Landkreise.

Eine Berichtigung der letzten Regierungsverordnung.

Die preußische Staatsregierung hat eine Verordnung zur Berichtigung und Ergänzung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 erlassen.

Diese Verordnung enthält in ihrem Artikel I eine Reihe von Grenzänderungen zwischen den durch die Verordnung vom 1. August 1932 neu abgegrenzten Landkreisen, in zwei Fällen die Aufhebung der Zusammenlegung von Landkreisen und weiter in Artikel II einige formelle Vorschriften, die sich mit den Rechtsfolgen der Grenzänderungen, der Auseinandersetzung zwischen Provinzen (Bezirksverbänden) und der Überleitung in den neuen Zustand befassen.

Mit den Grenzänderungen sollen Unebenheiten, die sich aus der Grenzziehung im einzelnen ergeben hatten, beseitigt werden.

Aufgehoben worden ist die Zusammenlegung der Landkreise Herrschaft Schmalkalden und Schleusingen sowie der Landkreise Wolfhagen und Kassel. Im ersten Falle erfolgte die Aufhebung, um nicht eine etwaige territoriale Reichsreform in diesem Gebiet von vornherein in einer bestimmten Richtung festzulegen; im zweiten Falle, weil die Nachprüfung ergab, daß es zweckmäßiger ist, den Landkreis Wolfhagen mit dem Kreise der Twiste zusammenzulegen. Letztere Regelung konnte jedoch nicht mit sofortiger Wirkung getroffen werden, da in dem zwischen Preußen und Waldeck im Jahre 1928 abgeschlossenen Staatsvertrage die Aufrechterhaltung der drei waldeckischen Kreise bis zum 1. April 1934 durch die preußische Staatsregierung zugesagt worden ist. Die Zusammenlegung der Landkreise: Kreis der Twiste und Wolfhagen mit dem Kreissitz in Arolsen, sowie der Landkreise: Kreis des Eisenberges und Kreis der Eder mit dem Kreissitz in Korbach ist daher mit Wirkung erst vom 1. April 1934 ausgesprochen worden. Der Aufhebung der Zusammenlegung in zwei Fällen steht hiernach die neue Zusammenlegung von je zwei Kreisen in zwei weiteren Fällen gegenüber, so daß sich die Gesamtzahl der aufgelösten Landkreise (58) durch die Ergänzungsverordnung nicht ändert.

Gleichzeitig hat die Staatsregierung beschlossen, den Kreissitz des Landkreises Dithmarschen von Heide nach Meldorf zu verlegen, nachdem bereits früher der Kreissitz des aus den Landkreisen Brieg und Ohlau neugebildeten Landkreises von Ohlau nach Brieg verlegt worden war. Ferner sind einer Reihe von Landkreisen entsprechend den Wünschen der Bevölkerung andere Namen gegeben worden, in denen historische oder geographische Beziehungen zum Ausdruck kommen.

Mit der Ergänzungsverordnung ist die Neueinteilung der Landkreise abgeschlossen. Weitere Maßnahmen sind auf diesem Gebiete nicht beabsichtigt.

Die Grenzänderungen in den Kreisen

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt die in der Ergänzungsverordnung zur Landkreisreform enthaltenen Grenzänderungen bekannt.

In den Kreis Belgard werden die Gemeinden Groß-Satspe, Klein-Satspe und Neu-Buckow eingegliedert.

In den Kreis Glatz werden eingegliedert: die Gemeinden Wiltsch und Neu-Wilmsdorf.

In den Kreis Frankenstein werden die Gemeinden Zülzendorf und Kosemitz eingegliedert.

Zum Kreis Schweidnitz kommt die Gemeinde Borganie.

Zum Kreis Strehlen kommen die Gemeinden Kummelwitz, Schildberg, Neu-Karlsdorf, Waldneudorf, Dobrischau, Korschwitz, Neobschütz, Schönjohnsdorf, Kraßwitz, Pleßguth, Algersdorf, Deutsch-Neudorf, Berzdorf, Kunern, Haltauf und Münchhof; ferner die Gemeinden Grün-Hartau, Grögersdorf, Karzen, Naß-Brockuth, Kurtwitz, Karschau, Prauß, Mallschau, Gorkau, Gollschau, Klein-Johnsdorf, Schmitzdorf, Leipitz-Sadewitz, Silbitz, Wonnwitz, Roth-Neudorf, Stachau, Plottnitz, Netchau, Siegroth, Jakobsdorf, Dürr-Brockuth, Manze, Dürr-Hartau, Glofenau, Reisau, Roßwitz, Tiefensee, Kaltenhaus, Pudigau, Rothschloß und Strachau bei Nimptsch; ferner die Stadtgemeinde Wansen und die Landgemeinden Brosewitz, Spurwitz, Alt-Wansen, Johnwitz, Köchendorf, Knischwitz, Hermsdorf und Mariengau.

In den Kreis Breslau werden eingegliedert die Gemeinden Rankau, Grunau, Jäschwitz, Stein, Strachau bei Zobten, Kuhnau, Naselwitz, Wilschkowitz, Bischkowitz, Groß-Tinz, Klein-Tinz und Poppelwitz; ferner die Stadtgemeinde Zobten und die Landgemeinden Kapsdorf, Mörschelwitz-Rosenthal, Kristelwitz, Michelsdorf, Wernersdorf, Queitsch, Altenburg, Rogau-Rosenau, Striegelmühle, Groß-Mohnau, Protschkenhain, Marxdorf, Ströbel, Bankwitz, Groß-Silsterwitz und Klein-Silsterwitz; ferner die Stadtgemeinde Kanth und die Landgemeinden Rommenau, Stöschwitz, Schimmelwitz, Polsnitz, Jürtsch, Neudorf, Zaugwitz, Landau, Koslau, Nieder-Struse, Ober-Struse, Lorzendorf, Mettkau, Beilau, Kammendorf bei Kanth, Sachwitz, Ocklitz und Fürstenau.

In den Kreis Glogau kommen die Stadtgemeinden Beuthen a. d. O. und Schlawa und die Landgemeinden Hammer, Tarnau, Rädchen, Sperlingswinkel, Aufzug, Pürschkau, Goile, Laubegast, Krempine, Thiergarten, Hohenborau, Rosenthal, Bielawe, Carolath, Grochwitz, Reinberg, Beitsch, Deutsch-Tarnau, Malschwitz, Krolkwitz, Groß-Würbitz, Klein-Würbitz, Pfaffendorf, Zöbelwitz, Bösau, Renkersdorf und die Gutsbezirke Carolather Heide, Forst; ferner aus dem Regierungsbezirk Breslau die Gemeinde Rostersdorf.

In den Kreis Rothenburg O.-L. wird eingegliedert die Stadtgemeinde Priebus und die Landgemeinden Quolsdorf bei Tschöpeln, Tschöpeln, Alt-Tschöpeln, Neu-Tschöpeln, Hermsdorf bei Priebus, Kochsdorf, Wendisch-Musta, Pechern, Jamnitz-Pattag, Wällisch, Dubrau, Mühlbach, Merzdorf b. Priebus, Bogendorf, Gräfenhain, Groß-Petersdorf, Zessendorf, Mellendorf, Jenkendorf, Reichenau bei Priebus, Ruppendorf, Ziebern und Raußen.

Die bisherigen Kreise Weißensee und Erfurt im Regierungsbezirk Erfurt werden aufgelöst.

In den Kreis Nienburg (Hannover) werden die Gemeinden Haßbergen und Anderten eingegliedert.

In den Kreis Hannover kommt die Gemeinde Anderten.

In den Kreis Otterndorf kommt die Gemeinde Altenwalde.

In den Kreis Verden die Gemeinde Oiste.

In den Landkreis Rothenburg (Hann.) die Gemeinde Lauenbrück.

In den Kreis Meppen kommen die Gemeinden Ahmsen, Groß-Berßen, Klein-Berßen, Herzum, Holte, Lähden, Lastrup, Vinnen, Wachtum, Groß-Stavern, Klein-Stavern, Tinnen und Emen.

In den Kreis Leer werden die Gemeinden Widdelswehr, Petkum, Gandersum, Oldersum, Rorichum, Tergast und Borkum eingegliedert.

Die bisherigen Kreise Fulda, Gersfeld, Fritzlar, Homberg, Marburg und Kirchhain werden aufgelöst.

Die Kreise Kreis der Twiste und Wolfhagen werden ab 1. April 1934 zu einem neuen Landkreise mit dem Kreissitz in Arolsen zusammengeschlossen, vom gleichen Tag werden die Kreise Kreis des Eisenberges und Kreis der Eder zu einem neuen Landkreis mit dem Kreissitz in Korbach zusammengeschlossen.

In den Kreis Unterwesterwald werden die Gemeinden Girod, Goldhausen, Görgeshausen, Großholbach, Heilberscheid, Hundsangen, Kleinholbach, Nentershausen, Niedererbach, Nomborn, Obererbach, Oberhausen, Pütschbach, Ruppach, Steinefrenz und Weroth eingegliedert.

In den Kreis Wetzlar kommen die Gemeinden Brandoberndorf, Espa, Hasselborn, Kleeberg und Weiperfelden und die Gemeinden Fellinghausen, Frankenbach, Hermannstein, Königsberg, Krumbach, Naunheim, Rodheim a. Bieber und Waldgirmes.

Genfer Abrüstungsbesprechungen festgefahren.

Ergebnislose Unterredung Neurath—Henderson.

Über eine neue Zusammenkunft zwischen Neurath und Henderson in Genf wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß sich keine Änderung der Lage ergeben habe. Irgendwelche Schritte in der Richtung einer Zusammenkunft zwischen Neurath und Herriot seien bisher noch auf keiner Seite eingeleitet worden. Aus den Mitteilungen, die Henderson dem deutschen Außenminister gemacht habe, gehe hervor, daß gegenwärtig weder auf englischer noch auf französischer Seite ein für Deutschland in irgendeiner Richtung annehmbarer Plan vorliege. Es besteht allgemein der Eindruck, daß die diplomatischen Besprechungen nunmehr endgültig ins Stocken geraten sind.

Der Reichsaußenminister aus Genf abgereist.

Keine Unterredung mit Herriot.

Reichsaußenminister Frhr. von Neurath ist in Begleitung von Legationsrat Voelkers aus Genf nach Berlin abgereist. Im Zusammenhang mit der Abreise kann festgestellt werden, daß sachliche Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage mit Neurath in Genf nicht stattgefunden haben. Die Unterredungen Neuraths mit Henderson und Simon hatten rein informatorischen Charakter.

Es dürfte zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Teilnahme an Völkerbundverhandlungen sein, daß eine Unterredung zwischen den gleichzeitig anwesenden führenden französischen und deutschen Staatsmännern nicht stattgefunden hat.

Die Initiative für die Weiterbehandlung der Gleichberechtigungsfrage bleibt weiter auf der Gegenseite, da an einer Weiterführung der Gleichberechtigungsverhandlungen in erster Linie die Mächte interessiert sind, die für die Abrüstungskonferenz und damit für den gesamten Völkerbund eine Gefahr aus einem Fernbleiben Deutschlands erblicken.

Die Steuergutscheine.

In der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes werden die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung veröffentlicht werden. Hierüber wird eine amtliche Pressenotiz veröffentlicht, in der die wichtigsten Bestimmungen der Durchführungsverordnung dargelegt werden. Von besonderem Interesse ist hierbei die Regelung der Ausgestaltung der Steuergutscheine.

Steuergutscheine werden über 20 000, 10 000, 1000, 200, 100, 50, 20 und 10 Mark (die über 20 und 10 Mark jedoch erst vom 1. Oktober 1933 ab) ausgegeben. Sie lauten auf den Inhaber. Sie werden in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 auf alle Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftssteuer in Anrechnung genommen. Bei den Steuergutscheinen zu 50 Mark und darunter, die aus einem Stamm mit 5 Abschnitten bestehen, wird vom Beginn jedes der in Frage kommenden Rechnungsjahre ab ein Abschnitt, der auf ein Fünftel des Wertes des Steuergutscheins lautet, abgetrennt und angerechnet.

Um denjenigen Gutscheinberechtigten, deren gutscheinfähiger Betrag im Laufe eines Kalendervierteljahres 50 Mark nicht erreicht, eine alsbaldige Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0002
DFG

wertungsmöglichkeit ihrer Ansprüche zu geben, können sie bei ihrem Finanzamt beantragen, einer Bank, Sparkasse oder Genossenschaft eine Bescheinigung darüber zu erteilen, daß sie Steuergutscheine in bestimmter Höhe zu beanspruchen haben. Das Finanzamt übersendet die Bescheinigung der Bank; diese schreibt die gutscheinfähigen Beträge dem Konto des Steuerpflichtigen gut und kann ihm darauf Kredite in entsprechender Höhe gewähren.

Bei der Anrechnung von Steuergutscheinen wird ein Aufgeld gegeben, das für die Steuergutscheine bzw. Steuergutscheinabschnitte, die vom Rechnungsjahr 1934 an angenommen werden, vier Prozent beträgt, und das für Steuergutscheine und Steuergutscheinabschnitte, die vom Beginn der folgenden Rechnungsjahre an angenommen werden, jeweils um vier Prozent steigt.

Steuergutscheine für Steuerzahlungen.

Steuergutscheine erhält man: 1. für die Zahlung der Umsatzsteuer, 2. der Gewerbesteuer, 3. der Grundsteuer, 4. der Beförderungssteuer.

Voraussetzung ist jedoch, daß es sich um Steuern handelt, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 kraft Gesetzes fällig und entrichtet werden. Landwirtschaft und Forstwirtschaft sollen jedoch für Zahlungen von Steuern der genannten Art auch dann noch Steuergutscheine bekommen können, wenn sie sich die Steuern über den 30. September 1933 haben stunden lassen und bis 31. Dezember 1933 entrichten.

Der Steuergutschein wird bei der Beförderungssteuer in voller Höhe, bei den übrigen Steuern in Höhe von 40 Prozent der geleisteten Beiträge ausgestellt.

Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung.

Anspruch auf Gewährung von Steuergutscheinen für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern haben die Unternehmer aller Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken. Auch Personen, die eine freie oder ähnliche Berufstätigkeit ausüben, haben Anspruch auf Steuergutscheine, wenn ihre Tätigkeit als Gewerbe gilt. Unternehmen, die nach dem 1. September 1932 neu errichtet sind, erhalten keine Steuergutscheine, ebenso nicht Unternehmen, die nach einer Stillegung von mehr als vier Wochen wiedereröffnet worden sind oder werden.

Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung werden auch dann ausgegeben, wenn die Arbeit gestreckt und auf eine größere Anzahl von Arbeitnehmern verteilt wird. Die Mehrbeschäftigung wird so errechnet, daß die Durchschnittszahl der im Kalendervierteljahr beschäftigten Arbeitnehmer mit der Durchschnittszahl eines früheren Vierteljahres, und zwar grundsätzlich in den Monaten Juni, Juli, August 1932 verglichen wird. Beim Saison- und Kampagnegewerbe ist Vergleichszeitraum das entsprechende Kalenderjahr des Vorjahres, wobei jedoch 90 Prozent der Arbeitnehmer des Vergleichszeitraumes der Berechnung zugrundegelegt werden.

Der Steuergutschein wird für die Mehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Kalendervierteljahr auf 100 Mark ausgestellt. Wird die Mehrbeschäftigung der Belegschaft mehr als verdoppelt, so mindert sich der Steuergutschein im Betrag bei den Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern für die Mehrbeschäftigung, die über die Verdoppelung hinausgeht, auf 50 Mark. Der Steuergutscheinbetrag darf 50 Prozent des durchschnittlichen Entgelts nicht übersteigen, das auf einen Arbeitnehmer des Betriebes in einem Vierteljahr der Mehrbeschäftigung entfällt.

Wie werden die Steuergutscheine steuerlich behandelt?

Wenn es sich um Personen handelt, die keinen Betrieb haben, soll das Aufgeld immer steuerfrei sein. Für die Betriebsinhaber richtet sich die Besteuerung des Aufgeldes nach den allgemeinen Ermittlungsvorschriften.

Was den Steuergutschein selbst anlangt, so bildet seine Ausgabe nach geltendem Recht steuerpflichtiges Einkommen. Aus der vollen Besteuerung würden sich aber Härten ergeben. Bei Steuerpflichtigen, an die Gutscheine vom Finanzamt ausgegeben worden sind, soll daher im Ausgabejahr für die Steuerberechnung das Einkommen, das auf die Steuergutscheine entfällt, statt mit dem vollen Kurswert nur mit einem Fünftel dieses Kurswertes angesetzt werden (maßgebend ist der Börsenkurs am 31. Dezember des Ausgabejahres).

Wirbelsturm über Portoriko.

Zahlreiche Todesopfer.

Nach Meldungen aus San Juan de Portoriko hat dort ein Wirbelsturm riesigen Materialschaden angerichtet. Hunderte von Häusern sind zerstört, viele Pflanzungen vollständig verwüstet worden. Alle oberirdischen Leitungen — Telephon, Telegraph, Licht — sind unterbrochen. Die Zerstörungen sind noch größer als im Jahre 1928. Bisher sind 30 Todesopfer der Wirbelsturmkatastrophe zu verzeichnen.

Vierfacher Giftmord aufgeklärt.

Die Breslauer Mordkommission hat die Vernehmung des unter Tatverdacht verhafteten Schuhmachers Eduard Just im Gerichtsgefängnis in Hoyerswerda fortgesetzt. Nach stundenlangem Leugnen hat der Beschuldigte schließlich ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Mordkommission hatte feststellen können, daß der Täter seinen Opfern nach und nach in stärker werdenden Dosen das Gift beigebracht hatte, um so eine Erkrankung wahrscheinlich zu machen, und daß das Gift aus einem Einbruch in den Vorratsraum einer Glashütte stammte. Diesen Beweisen gegenüber konnte der Beschuldigte seine irreführenden Angaben nicht aufrechterhalten; er gestand, die Familie Grobars — Vater, Mutter und Sohn — sowie seinen Schwiegervater ums Leben gebracht zu haben.

Sechs Wochen Gefängnis für eine Ohrfeige

Ein Kaplan auf Grund der Notverordnung verurteilt.

Am Abend des 19. Juni d. J. geriet der Kaplan Heinrich Steinmetz aus Koblenz-Moselweiß mit einem Dentisten aus Koblenz, der der NSDAP. angehört, in eine politische Auseinandersetzung. Bei dem Wortwechsel glaubte sich der Kaplan beleidigt und versetzte seinem Gegner eine Ohrfeige. Dieser erstattete Anzeige, und der Kaplan hatte sich wegen Vergehens gegen § 223 des Strafgesetzbuches und § 12 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 vor dem Koblenzer Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht erkannte den Angeklagten nach der Beweisaufnahme für überführt und verurteilte ihn auf Grund der Notverordnung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Lokales und Provinzielles.

— **Steuerstundung.** Der „Amtliche Preußische Pressedienst" teilt mit: Die Gemeinden haben vielfach den Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe die Zahlung der gemeindlichen Grundvermögenssteuern gestundet. Da angesichts der im allgemeinen gut ausgefallenen Ernte die Gefahr naheliegt, daß die Presse (insbesondere des Getreides) in einer für die Volkswirtschaft schädlichen Weise gedrückt werden, die Ernteerzeugnisse sofort in großen Mengen auf den Markt zu bringen, empfehlen die preußischen Minister des Innern und der Finanzen in einem gemeinsamen Runderlaß an die nachgeordneten Behörden den Gemeinden, deren Finanzlage dies nur irgend zuläßt, in Schwierigkeiten befindlichen Steuerschuldnern auf Antrag die Abtragung der Steuerrückstände für ihre landwirtschaftlichen Betriebe in Raten zum 15. 11. bis zum Schluß des Rechnungsjahres neben der Entrichtung der laufenden Steuern zu gestatten.

Jessen, 28 September. (Freiwilliger Arbeitsdienst des Stahlhelm.) Die Stahlhelmleitung des Gaues Elbe-Elster besichtigte das Lager des vom Stahlhelm bei Grabo ins Leben gerufenen Freiwilligen Arbeitsdienstes. Als vor einiger Zeit die Elstergenossenschaft in Bad Liebenwerda, die zur Regulierung des Neugrabens verpflichtet ist, mit dem Angebot an die Stadt Jessen herantrat, die Regulierung im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes vorzunehmen, lehnte diese ab. An deren Stelle erklärte sich aber der Stahlhelm sofort bereit, Träger dieser Arbeit zu werden. Auf der zu regulierenden 5½ Kilometer langen Strecke des Neugrabengebietes von der Mündung bis zur Gerbismühle sind 5500 Tagewerke zu erledigen. 40 Arbeiter haben daran etwa 5—6 Monate Arbeitsmöglichkeit. Die Finanzierung geschieht durch das Arbeitsamt Torgau, das für jeden Mann die gesetzlich bewilligten 2 RM. bezahlt und durch die Elstergenossenschaft, die 3500 RM. dazu gibt, während die Regulierung auf dem normalen Arbeitswege vielleicht mit ungefähr 100000 RM. zu veranschlagen gewesen wäre. Das ist ein Beweis der wirtschaftlichen Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Die 40 jungen Stahlhelmer rekrutieren sich aus Jessen und den umliegenden Ortschaften.

Schweinitz, 28. September. (Verkehrsstockung durch Wollhandkrabbe.) Eine wohl einzigartige Verkehrsstockung ereignete sich am Dienstag vormittag, als die Milchwagen von den Dörfern zur Molkerei fuhren. Eine Wollhandkrabbe hatte es sich mitten auf der Dammstraße bequem gemacht. Da viele Leute ein derartiges Tier noch nicht gesehen hatten, bildete sich ein großer Kreis, der auf kurze Zeit jeden Verkehr lahm legte.

Herzberg. (Superintendent Schmöcker †.) Aus einem arbeitsreichen Leben und segensreichen Wirken wurde plötzlich und unerwartet Superintendent Reinhold Schmöcker in die Ewigkeit abgerufen. Nach dem Weggang des Superintendenten Sieber im Jahre 1913 berief ihn das Konsistorium zu Magdeburg aus seiner Pfarrstelle in Oberschöneweide zum Superintendenten der Diözese Herzberg und zum Oberpfarrer unserer Kirchengemeinde. Somit hat er 19 Jahre das schwere und verantwortungsvolle hohe Doppelamt mit großer Treue verwaltet.

Brandis, 28. September. Der älteste Einwohner unseres Dorfes, der Auszügler Ernst Rothbardt, feierte am Montag bei noch voller körperlicher Rüstigkeit im Kreise seiner Angehörigen seinen 90. Geburtstag.

Dommitzsch. (Segelflugzeug abgestürzt.) Auf dem Fuchsberg bei Falkenberg (Trossin) stürzte ein Fräulein K. von hier mit dem erst kürzlich erbauten Segelflugzeug des hiesigen Vereins für Luftfahrt aus etwa 15 Meter Höhe ab. Die rechte Tragfläche ging in Trümmer. Die Insassin wurde leicht verletzt.

Elsden, 28. September. (Herbstwanderung der Elbaale.) Mit der Aalfischerei in der Elbe ist es nunmehr für ein halbes Jahr vorbei. Wie aus den Kreisen der Berufsfischer berichtet wird, haben die Aale in der zweiten Hälfte des September ihren Winterschlaf in dem Schlamme der Elbbuhnenfelder begonnen. Die drei- bis vierjährigen Männchen und sieben- bis achtjährigen Weibchen unternehmen dagegen im Oktober ihre 3 Monate dauernde Herbstwanderung nach dem Atlantischen Ozean, um dort in der Sargassosee östlich von Mittelamerika dem Fortpflanzungsgeschäfte obzuliegen und nicht wieder in das Süßwasser der Flüsse zurückzukehren.

Wittenberg, 26. September. Eine seltene Treue beweist ein Reh, das nun schon zum zweiten Male nach Eintritt des kühlen Wetters sein Winterquartier aufsucht. Vor zwei Jahren wurde ein junges Reh, das vom Hochwasser in der Probstei gefährdet war, vom Jagdpächter, Mühlenbesitzer Hubrig-Pratau in Obhut genommen und in einem Stalle großgezogen. Im Frühjahr verlangte das Tier jedoch ungestüm nach Freiheit, die man ihm auch nicht verwehrte. Zu aller Erstaunen fand sich das Tier im Herbst vorigen Jahres an der Gartentür ein, um für den Winter eingelassen zu werden. Aber wiederum im Frühling dieses Jahres verlangte das Tier seine Freiheit zurück. Am Sonnabend früh pochte das treue Tier zum zweiten Male an die Türe seines Gastgebers an, um den Winter im warmen Stall bei ausreichendem Futter zu verbringen.

Lautawerk. Bei einem Gewitter schlug in der Siedlung der Blitz in eine Linde, unter der Schulknaben vor dem Regen Schutz gesucht hatten. Der 12 Jahre alte Sohn des Arbeiters Goppert wurde vom Blitz erschlagen, während der neben ihm stehende Sohn des Heizers Stephan schwer verletzt wurde. Drei weitere Knaben erlitten leichtere Lähmungen.

Gerbstedt. (Eine 72jährige tödlich verunglückt.) Die 72 Jahre alte Witwe Gebhardt ist in ihrem Garten tödlich verunglückt. Sie wollte Pflaumen pflücken und war auf eine Leiter gestiegen, von der sie jedoch — vielleicht infolge eines Schwächeanfalls — abstürzte. Dabei brach sie das Genick und war sofort tot.

Halberstadt. (Sparkassenbücher und Dollarnoten bei einem Bettelmann.) Die Romantik der Landstraße scheint noch nicht ausgestorben zu sein. Es gibt auch heute noch Bettelleute, die aus Liebe zur Sache zu den Tippelbrüdern halten, Das zeigte sich, als hier ein ortsfremder Bettler festgenommen wurde. Man fand in seinen Taschen mehrere Sparkassenbücher über namhafte Sparbeträge, ferner Dollarnoten und Tschechenkronen. Der Bettelmann schleppte ein kleines Vermögen mit sich herum. Er konnte nachweisen, daß nichts von all dem Sparkapital unrechtmäßig erlangt war.

Magdeburg. (Tödlicher Unfall) An einem Bahnübergang in der Nähe des Sudenburger Bahnhofs wurde ein Radfahrer von einem von Braunschweig kommenden D-Zug erfaßt und auf der Stelle getötet. Wie es heißt soll die Schuld den Schrankenwärter treffen, der die Schranke nach dem Passieren eines Güterzuges geöffnet und vergessen hatte, daß um die gleiche Zeit der D-Zug die Stelle passieren mußte.

Guben. In Ratzdorf, Kreis Guben, wurde ein Tanzbär von erwachsenen Leuten geneckt, die ihm auch den Maulkorb abrissen. Der Bär wurde wütend und brachte dem Invaliden Schulz so schwere Bißverletzungen bei, daß er in das Gubener Krankenhaus gebracht werden mußte Der Bär wurde dann vom Oberlandjäger erschossen.

Kino-Schau.

Palast-Theater. „Viktoria und ihr Husar", die populäre und vielgespielte Operette von Paul Abraham ist unter der bewährten Regie von Richard Oswald als Tonfilm entstanden. Ein Meisterstück wie kein zweites. Ein einzigartiger Erfolg, eine Festaufführung für alle Filmtheater. Ueberall das gleiche Publikum: hingerissen durch die Handlung, das prächtige Spiel und vor allem durch Abrahams unsterbliche Musik. Friedel Schuster und Michael Bohnen von der Staatsoper Berlin geben höchste Kunst. Ihre Stimmen wie goldener Glockenton. Das Publikum lauscht begeistert den Gesängen und ist gerührt. Ivan Petrovitsch prächtig als Koltay, alle anderen Darsteller einzig im Gesamtspiel. Man glaubt nicht mehr, daß es ein Film ist, man glaubt an wahrhaftiges, wirkliches Leben. Das kann keine Bühne bieten, das ist Tonfilm, so, wie man die Zukunft des Tonfilms gerne erhofft. Den Besuchern des Palast-Theater steht ein unvergleichlich herrlicher Genuß bevor. Ein Kinobesuch, wie ihn niemand erlebt hat. Es sei empfohlen, sich zeitig um Plätze zu kümmern oder den Karten-Vorverkauf zu benutzen. Die Vorstellungen werden zahlreichen Besuch aufweisen.

Lichtspielhaus (Neue Welt). Zu dem hier laufenden neuesten Felix Bressart-Tonfilm „Hirsekorn greift ein", erhalten wir folgende Zuschrift: „Liebe Leute! Ich habe das werte Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß meine geschätzte Wenigkeit Felix Hirsekorn, genannt Felix mit dem Sex Appeal, ab morgen Freitag als Star in „Krauses Künstlertheater", in obigem Etablissement eintrudelt. Sie, lieber Mann und auch Sie, gnädige Dame, werden gebeten, faule Eier und faule Aepfel zu Hause zu lassen — denn, mir is egal, aber Krause is ne komische Tulpe. — Na, sehn se. Da ich ahne, daß Sie ziemlich lichern müssen, vergessen Sie nicht Ihr Schnupftuch, um Ihre Lachtränen aufzufammeln, bevor sie auf den Stuhl herabfließen; denn andere Leute wollen auch trocken sitzen. Ihr hochgeachteter Fr. Hirsekorn." Auf die am Sonntag 3 Uhr stattfindende Kindervorstellung (mit vollem Programm) sei hier noch ganz besonders hingewiesen.

— Die Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt (Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen) in Merseburg legt ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1931 vor. Der Abschluß der Lebensversicherung ergibt einen Ueberschuß von 743565,26 RM. (im Vorjahre 753170,83 RM.). Es ist mithin gelungen, in dem Krisenjahr 1931 einen gleich hohen Gewinn wie im Jahre 1930 zu erzielen. Da die Anstalt gemeinnützig arbeitet, darf sie die Ueberschüsse nur für die Versichterten verwenden. Der gesamte Gewinn fließt daher in die Ueberschußrücklage der Versicherten, die jetzt einen Bestand von 2184580,08 RM. (1930: 1604659,89 RM.) aufweist. Für das Jahr 1932 wird den Versicherten dieselbe günstige Ueberschußverteilung wie im Jahre 1931 gewährt. Soweit keine besonderen Anträge gestellt werden, wird der auf die einzelne Versicherung entfallende Gewinnbetrag dazu benutzt, um die Versicherungssumme zu erhöhen. Die meisten Versicherten merken daher die Ausschüttung des Gewinnes erst, wenn eine Leistung aus dem Versicherungsvertrag fällig wird, im Regelfalle also erst bei Zahlung der Versicherungssumme. Die Anstalt betreibt seit Jahren die gesamte Lehrer- und Schüler-Unfallversicherung in der Provinz Sachsen. Ueber 360000 Kinder sind hierdurch bei ihr versichert. Allgemein ist anerkannt, daß diese Versicherung sich besonders gut bewährt hat. Ihre Kapitalien hat die Anstalt vor allem in erststelligen, mündelsicheren Hypotheken angelegt. Der Durchschnittsbetrag einer Hypothek beträgt 8000 RM. Dies hat, wie die Anstalt mitteilt, den Vorteil, daß das Risiko sich verteilt. Außerdem behalten kleinere Objekte in höherem Maße ihren Wert. Irgendwelche Kapitalverluste hat die Anstalt nicht erlitten. Die Hypothekensumme ist auf 7,2 Millionen gestiegen. Die Anstalt ist hiermit zu einem bedeutenden Hypothekeninstitut für ihr Geschäftsgebiet geworden. Zur Zeit besteht noch eine Hypothekensperre, die gegen Ende des Jahres aufgehoben werden soll. Die Anstalt ist mit den übrigen gleich gearteten öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten in dem „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland" zusammengeschlossen. Der Bestand der verbundenen Anstalten erreichte 1931 rund 2 Milliarden RM. Versicherungssumme.

— **Jetzt kommt die Zeit des Einmachens.** Da ist die Frauenwelt in ihrem Element. Dann wird gesäubert, gekocht und abgebrüht. Leckere Früchte wie Gemüse wandern in Gläser und Töpfe. Damit aber alles so frisch bleibt wie am ersten Tage, wäscht die kluge Hausfrau vorher das Geschirr mit einer heißen iMi-Lösung aus. So weiß sie, daß sich alles gut hält.

Die Tuberkulosenstunde findet am **Sonnabend, den 1. Oktober ds. Js.,** von **17 Uhr** an, Markt 23, statt.
Die Fürsorgestelle.

„Haarglanz" festigt die Frisur! Er macht das Haar straff und elastisch. Infolgedessen läßt es sich noch einmal so leicht frisieren, und die Frisur hält länger. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0003

Müssen Sie sich erst überlegen „wo" sie kaufen?

. . . . . doch wohl nicht! Ihre lange Erfahrung hat Sie gelehrt, daß man zum **Modehaus Carl Quehl** geht. Da finden Sie die **neuen, schönen Stoffe**

für das Herbstkleid

und auch **das Neueste für Gesellschaft u. Ball.**

Mäntel und Kleider

sind auch eingetroffen u. natürlich dazu **chicke Wäsche**

Die richtige Wahl fällt Ihnen nicht schwer, Sie finden schon das, was Sie brauchen und **soo preiswert!**

Carl Quehl

TM.-T.-V. von 1881

Heute Abend punkt 8.30 Uhr:

Antreten

sämtl. Turner, Jugendturner und Turnerinnen in der Turnhalle.

Der Turnwart.

Speisekartoffeln,

weiße weißfleischige à Ztr. 1.45 M., **rote** weißfleischige à Ztr. 1.55 M., gelbfleischig à Ztr. 1.65 M. frei Haus. Proben gegen Bezahlung stehen ab Freitag zur Verfügung. **Fr. Oestreich.**

Gersten- und Haferstroh

zu Packzwecken kaufen

Annaburger Steingutfabrik

Aktiengesellschaft.

Birnen

verkauft **Tofaute.**

Kaufe am **Sonnabend** auf dem Markt

Preißelbeeren

Adam Ort.

Palast-Theater Freitag—Montag Beginn: 20½ Uhr

Die erfolgreichste Tonfilm-Operette. Ein unvergeßliches Erlebnis.
Ab Freitag 12 Uhr: Karten-Vorverkauf an der Kasse.

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche u. Geschenke sagen wir, auch im Namen unserer Eltern, unseren herzlichsten Dank.

Albert Meyer u. Frau
Antonie geb. Vetter.

Naundorf, im September 1932.

Gänsefedern und Daunen,

weiß und **grau,** billig abzugeben.

Gut Heideck.

Taschen- u. Armbanduhren

in moderner Ausführung und bester Qualität empfiehlt

Robert Meißner, Annaburg, Mittelstr. 28

Außerdem reichhaltige Auswahl in Schmuck, Kristall, Bestecke u. Geschenkartikeln

Beachten Sie bitte meine Auslagen!

Reparaturen werden sauber und preiswert erledigt.

Spezialist für Armband- u. feinen Herrenuhren

Preiswerte

Strümpfe

Auch in diesem Artikel sind die neuesten Lieferungen für den Herbst eingetroffen. In Wollenen und Seidenen, sowie Macco-Strümpfen ist meine Auswahl jetzt besonders groß, von dem einfachsten billigen Florstrumpf bis zu meiner Spezialqualität, dem ausprobierten „Allwetterstrumpf"

Damen-Strümpfe
Herren-Socken
Kinder-Strümpfe

Emil Bortfeld

Diese Woche Spezial-Strumpf-Fenster!

Thams & Garfs-Waren verbilligen Ihren Haushalt!

Sie kaufen Qualität und billig!

K-Margarine	Pfd. 31	Pf.
L-Margarine	Pfd. 45	„
Hausmacher	Pfd. 60	„
Landhaus-Feinkost-Margar.	Pfd. 70	„
Cocosfett	Pfd. 36	„
Weiße Bohnen	Pfd. 15	„
Viktoria-Erbsen	Pfd. 17	„
Gutkochende Linsen	Pfd. 18	„
Voll-Reis	Pfd. **15**	„
Moulmein-Reis	Pfd. 20	„
Siam Patna	Pfd. 25	„
Caroliner-Reis	Pfd. 35	„

Neuer Sauerkohl Pfund **8** Pf.

Neue Fettheringe . . 10 Stck. 45 Pf.
Fischmarinaden in großer Auswahl, preiswert, in bekannter Güte
Oelsardinen (Kayrell) . Dose 25 Pf.

Kaffee:

Brasil-Mischung	¼ Pfd. 50	Pf.
Santos-Mischung	¼ Pfd. 60	„
Perl-Mischung	¼ Pfd. 70	„
Haushalt-Mischung	¼ Pfd. 80	„

100 gr Erdnuß-Vollmilch-Schokolade Tafel 15 Pf.
100 gr Vollmilch-Schokolade Tfl. 20 „
100 gr Halbbitter-Schokolade Tfl. 20 „
und **5 Prozent Rabatt!**

Ein Sonderangebot:

Reiner gutlöslicher
Kakao, stark entölt ¼ Pfd. **15** Pf.
Tafel-Margarine Pfd. **25** Pf.

Thams & Garfs Niederlage

H. Wollschläger. Torgauer Straße 21

Starkstrom-Artikel!

Elektr. Glühbirnen in allen Wattstärken, **Starkstrom-Sicherungen, Alle Elektro-Ersatzteile, Elektr. Plätten und Plättenschnur**

Schwachstrom!

Elektr. Klingel-Anlagen
Elektr. Voltmesser
Varta Akku- u. Säureprüfer
Akku-Säure u. Dest. Wasser
Pertrix-Anoden, 100 u. 120 Volt
Akku-Ladestation, 10 % billiger
Gasglühstrümpfe (Auerlicht)

Fritz Rödler,

Auto-Lohnfahren. Fernruf 253.

MGV. Am 15. Oktober: Rheinischer Abend

Wohnung,

2 Stuben u. Küche, sofort oder später zu **vermieten.**

Fritz Rödler, Markt.

Suche für mein **Damen-Maßschneiderei-Atelier** zum 1. Okt. od. später einige

Lehr-Mädchen

Frau **A. Peschke,**
Schneidermeisterin.

Lichtspielhaus (Neue Welt).

Freitag, Sonnabend, Sonntag 8½ Uhr:

Felix Bressart

in dem überaus lustigen Tonfilmschwank

„Hirsekorn greift ein"

mit **Charlotte Susa, Truus von Alten, Rolf von Goth, Albert Paulig, Rosa Valetti.**

Ein Tonfilm, wie Sie ihn selten zu sehen bekommen, der überall Lachstürme hervorruft und stürmischen Beifall erntet. Felix Bressart in einer Bombenrolle, sodaß man aus dem Lachen von Anfang bis zu Ende nicht herauskommt.

Hierzu das gute tönende Vorprogramm!

Sonntag nachmittag 3 Uhr
Große Kinder-Vorstellung
mit vollem Programm. Eintritt 20 Pfennig.

Bezugscheine

für **verbilligt. Hühner-Mischfutter** (Weizen u. Mais) liegen zur Ausfüllung im Speicher am Kleinbahnhof bereit.

W. Otte, Fernsp. 212

Kalkstickstoff
Thomasmehl
Kali 42 %, Kainit
Am. Sup. Ka. 8×8×8
Am. Sup. 9×9
empfiehlt ab Lager
Adolf Weicholt jun.

Neu eingetroffen:

Herren-, Damen- und Kinder-Sportwesten
Herren-Pullover mit u. ohne Aermel
Knaben-Strickanzüge
Strickwolle in allen Farben

Sebastian Schimmeyer.

Kinder-Nährmittel

Nestle und Kufeke's Kindermehl, Condensierte Milch, Hafermehl, Haferflocken, Opel-Nährzwieback, Milchzucker, Kassler Hafer-Kakao, Kalzan, Lebertran-Emulsion empfiehlt

Drogerie und Photo-Haus Otto Schwarze,
Torgauer Straße 12.

Cellophan-Papier
Salyzil-Pergament

für die Einmachezeit empfiehlt

Herm. Steinbeiss, Papierhandlg.

Spielkarten

(deutsche u. französische)
empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Gelbe Ullstein-Bücher

jeder Band nur **90 Pf.,** neueste Erscheinungen, wieder eingetroffen.

Herm. Steinbeiß, Buchhandlg.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0004

Wirtschaftsankurbelung durch Neueinstellungen.

Die Marinewerft in Wilhelmshaven ist in der Lage, in gewissem Umfange Neueinstellungen von Arbeitern vorzunehmen. So wurden jetzt rund hundert Arbeiter eingestellt, und im Laufe der nächsten Woche rechnet man mit einer Gesamtzahl von 250 Neueinstellungen. Die im Winter beginnenden Instandsetzungsarbeiten an den Schiffen der Flotte und die Kiellegung des Panzerschiffes „C" lassen hoffen, daß darüber hinaus noch weitere Arbeiter eingestellt werden können.

Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. hat beschlossen, zur Instandsetzung der Wohn- und Verwaltungsgebäude Arbeiten ausführen zu lassen, deren Wert 30 000 Mark betragen. Der Arbeitsregelung liegt das Bestreben zugrunde, einer größeren Anzahl von Arbeitnehmern wieder Beschäftigung zu verschaffen. Aus den gleichen Gründen ist beabsichtigt, auf der Gleiwitzer Grube die Kokerei wieder in Betrieb zu nehmen und die Schwefelsäurefabrik zu merseinmal in Betrieb zu setzen. Auch die anderen oberschlesischen Werke sollen ähnliche Absichten haben.

*

Der Streik beim Kabelwerk Reinshagen in Wuppertal-Ronsdorf kann nach Mitteilung der Werksleitung nunmehr als beigelegt angesehen werden. Der Streik war ausgebrochen, um die von der Direktion angekündigte Durchführung der September-Notverordnung über die Mehreinstellung von Arbeitskräften unmöglich zu machen und um die Lohnherabsetzung abzuwehren.

Kyffhäuserbund und Stahlhelm.

Die neueste Nummer des „Kyffhäuser" meldet, daß die durch die Vorgänge bei der Reichspräsidentenwahl zwischen dem Kyffhäuserbund und dem Stahlhelm eingetretene Entfremdung durch persönliche Vermittlung des Reichspräsidenten beigelegt worden sei. Reichspräsident von Hindenburg ist bekanntlich Ehrenpräsident des Kyffhäuserbundes und Ehrenmitglied des Stahlhelm. „Nachdem der Stahlhelm den Entschluß gefaßt hat, sich in Zukunft nur staatspolitischen Aufgaben zu widmen, ist" — so heißt es wörtlich — „der Weg und die Bahn frei, auf der beide großen Soldatenorganisationen in kameradschaftlicher, vertrauensvoller Nebeneinanderarbeit den weiteren Weg zu ihrem vaterländischen Ziel des Freiheitskampfes fortsetzen können."

Englischer Textilarbeiterstreik beendet.

Nach vierwöchiger Dauer des Streiks der englischen Weber in Lancashire ist nunmehr endlich — unter beträchtlichen Zugeständnissen der Arbeitgeber — eine völlige Einigung zwischen den Fabrikanten und den Webern erreicht worden. Damit geht der Riesenstreik, an dem rund 200 000 Textilarbeiter beteiligt waren, und der die englische Baumwollindustrie etwa 200 Millionen Mark kostete, seinem Ende entgegen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben ist für den kommenden Mittwoch zu rechnen.

Die kommissarische preußische Staatsregierung wird, wie verlautet, in ihrer nächsten Kabinettssitzung ihre Verordnung über die Neugliederung der Landkreise in einigen Punkten revidieren. Die Zahl der Beschwerden und Proteste hat sich derartig gehäuft, daß die Regierung sich bereitfinden wird, einzelne Landkreise, deren Auflösung zunächst vorgesehen war, selbständig weiterbestehen zu lassen.

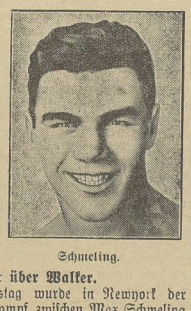
Schmeling gegen Walker.

Im Ausscheidungskampf um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht standen sich in der Nacht zum Dienstag in der Long-Island-Arena bei Newyork Max Schmeling und der einstige Weltmeister im Mittelgewicht Mickey Walker gegenüber. Der Kampf wurde zugunsten des Milchfonds veranstaltet, dessen Vorsitzende die Gattin des Zeitungskonzernbeherrschers Hearst ist. Da der Vorverkauf zu diesem Kampf nicht richtig in Schwung kommen wollte, mußte er schon zweimal verschoben werden. Beide Kämpfer haben ihr Training in bester körperlicher Verfassung abgeschlossen.

Schmeling brachte gegenüber seinem Gegner durch seine Jugend und seine größeren Körperkräfte die größeren Siegesaussichten in den Kampf. Während Schmeling erst 26 Jahre alt ist, zählt sein Gegner bereits 35 Jahre. Schmelings Größe beträgt 183 Zentimeter, die Walkers nur 169; das Gewicht des ehemaligen Schwergewichtsmeisters beträgt 86,5 Kilogramm, während Walker nur 79 Kilogramm wiegt.

Besonders wichtig für den Kampf ist die größere Reichweite Schmelings, die 193,5 Zentimeter beträgt, während Walker nur über 177,5 verfügt. Beide Kämpfer hatten in Reden, die sie vor dem Kampf gehalten hatten, ihrer Zuversicht auf den Sieg Ausdruck gegeben; die öffentlichen Wetten standen 5:3 für einen Sieg Schmelings.

Walter.



Schmeling.

Schmeling siegt über Walker.

In der Nacht zum Dienstag wurde in Newyork der mit Spannung erwartete Boxkampf zwischen Max Schmeling und Mickey Walker vor mehr als 30 000 Zuschauern zum Austrag gebracht, unter denen man auch Konsul Schwartz und die Boxweltmeister Sharkey, Tunney und Dempsey bemerkte. Gleich in der ersten Runde konnte Schmeling seinen Gegner bis 6 zu Boden bringen, doch war Walker bis zur achten Runde ein gleichwertiger Gegner. In der achten Runde wurde aber Walker dreimal zu Boden geschlagen und durch Schmeling so zugerichtet, daß der Manager Walkers, Mac Kearns, den Kampf nach der achten Runde aufgab. Nach diesem Sieg kann Schmeling wieder gegen Sharkey um die Weltmeisterschaft boxen.

Massenandrang zum Münchener Oktoberfest.

Polizeiliche Sperrung der Bierpaläste.

Die bayerische Landeshauptstadt steht im Zeichen der Oktoberfesthauptztage. Das Fest hat auch dieses Jahr die alte Anziehungskraft auf die Fremden ausgeübt, die von nah und fern gekommen waren. Die Eisenbahn hat an beiden Tagen einen Riesenverkehr bewältigt. Allein am Sonnabend sind in München zehn Sonderzüge mit rund 7000 Personen eingetroffen, ferner sind mit den übrigen Zügen im Fernverkehr am Samstag rund 38 000 Personen angekommen. Es besuchen also rund 7400 Personen mehr das Oktoberfest als im letzten Jahre. Am Sonntag trafen drei weitere Sonderzüge mit 2000 Besuchern in München ein. Auf dem Festplatz herrschte ein Massenandrang, so daß die Bierpaläste wiederholt wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußten.

Deutsche Ausflügler in Holland verunglückt

Zwei Tote und zwanzig Verletzte.

In Laren unweit Amsterdam hat sich ein Unglück ereignet, bei dem zwei Deutsche getötet und etwa 20 verletzt wurden.

An einer Wegkreuzung stieß ein als Touristenwagen eingestellter Lastkraftwagen aus Bottrop, der nach mehrtägigem Besuch in Amsterdam mit etwa 30 Fahrgästen sich auf der Rückfahrt befand, mit einem Wagen der elektrischen Kleinbahn Amsterdam—Hilversum zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der deutsche Wagen zum größten Teil zerstört. Von seinen Insassen wurde eine Dame auf der Stelle getötet, während ein zweiter Insasse so schwer verletzt wurde, daß er während der Überführung nach dem Krankenhaus starb.

Fünf Ballone beim Gordon-Bennet-Flug gelandet.

Von den 17 Ballonen, die sich an dem großen internationalen Gordon-Bennett-Wettfliegen beteiligen, sind nach der ersten Meldung bereits fünf Ballone gelandet. Der deutsche Ballon „Deutschland", auf den große Hoffnungen gesetzt waren, landete in der Nähe der tschechischen Ortschaft Fitzenau bei Freiwaldau. Der ebenfalls deutsche Ballon „Ernst Brandenburg", der diesmal aber für Österreich fliegt, ging in Kreisendorf bei Zlittau in der Tschechei nieder. Ferner landeten der polnische Ballon „Gdynia" bei Warschau, der schweizerische Ballon „Victor de Beauclair" bei Kalisch und der Ballon „Zürich" bei Gleiwitz.

Europas größtes Flugzeug in Moskau.

Landung des deutschen Großflugzeugs „D 2500" in Moskau

Das deutsche Großflugzeug „D 2500" ist in Moskau glatt gelandet. Auf dem Flugplatz waren anwesend die Vertreter der Sowjetregierung, die Vertreter der Armee und Flotte, die deutsche Botschaft mit dem Geschäftsträger von Twardowski an der Spitze, die deutsche Presse und die deutsche Kolonie. Der Flugplatz war von vielen Neugierigen besetzt. Die Vertreter der Sowjetregierung gratulierten dem Flugzeugführer zur glatten Landung in Moskau und haben das Flugzeugkommando zu einem Imbiß eingeladen. Die sowjetrussische Presse äußert sich sehr günstig über das Flugzeug, das, wie bekannt, das größte Flugzeug Europas ist, und betont die großen Leistungen der deutschen Flugtechnik.

Blutrache zwischen Ägyptern fordert zahlreiche Todesopfer.

Die zwischen Einwohnern der oberägyptischen Städte Akhmim und Schag bestehende Blutrache hat jetzt ihren furchtbaren vorläufigen Abschluß gefunden. Etwa 3000 Bewohner von Akhmim zogen auf dem Nil nach Schag. Es kam zu einem erbitterten Kampf, in dessen Verlauf dreizehn Personen getötet und über 100 verletzt wurden. Als die Polizei in Stärke von 150 Mann auf dem Kampfplatz erschien und Schreckschüsse abgab, stoben die Kämpfer in wilder Flucht auseinander. Zahlreiche Ägypter sprangen vor Angst in den Nil und ertranken.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[13

„Das mag schon sein, Peter. Das glaube ich dir gern. Nur wundere ich mich, daß du auf all deinen Reisen noch keine Frau gefunden hast, die es dir angetan hat. Gibt es wirklich keine, die deinem Herzen nahesteht?"

Peter mußte an das fremde Mädchen denken, an sein „Waldmärchen". Aber davon brauchte Irma vorläufig noch nichts zu wissen.

„Nein, Irma", sagte er. „Ich glaube, ich habe den Anschluß verpaßt. Ich werde wohl Junggeselle bleiben bis an mein Lebensende."

„Egoistisch genug wärst du, Peter. Aber sag mal, denkst du denn gar nicht an den Heidehof? Und daran, daß deine Güter einen Erben brauchen? Wenn das deine Eltern wüßten, du Dickschädel, daß ihr Einziger, der Träger eines alten Namens, den aus Bequemlichkeit ausrotten will! Aber noch haben wir in dieser Angelegenheit nicht das letzte Wort gesprochen. Ich will doch sehen, ob ich nicht mit dir fertig werde, wenn du dieses Mal länger hierbleibst. Aber jetzt, denke ich, wollen wir ein wenig in den Park gehen. Ich hoffe doch bestimmt, daß es dir recht ist, Peter."

Die beiden standen auf und gingen hinaus.

Drüben bei den Blumen stand Susanne.

„Komm, Peter, ich will dich mit Susanne Marisfi bekannt machen, meiner neuen Hausgefährtin."

Widerstrebend ließ sich Peter Heiden hinüberziehen. Das fehlte ihm noch, daß hier ein neues weibliches Wesen auftauchte! Da würde es wohl nicht viel werden mit seinem Hierbleiben, dachte er.

„Hier, liebe Susanne", sagte in diesem Augenblick Frau Irma, „bringe ich Ihnen unseren hereingeschneiten Gast, meinen Vetter Peter Heiden."

„Waldmärchen", entfuhr es in diesem Augenblick dem Manne. „Waldmärchen — hier finde ich Sie wieder. Wie gut es doch das Schicksal mit mir meint. Guten Tag, Fräulein..."

Weiter kam er nicht. Susanne hatte nur leicht das Haupt geneigt, dann war sie eilig ins Haus gelaufen. Verwundert schaute der Mann ihr nach, und eine Falte des Unmuts über dieses Benehmen bildete sich zwischen seinen Augen.

„Na, Peter, sei nicht ungehalten über das Mädel. Das ist so Susannes Art. Sie ist so scheu und so ängstlich, sobald ein fremdes Gesicht auftaucht. Dabei ist sie mir eine besonders liebe Hausgenossin. Zuerst war sie wohl etwas zu ernst; sie hat sehr viel Schweres durchgemacht in ihrem Leben. Aber hier in Prachwitz ist sie schon aufgeblüht; sie ist ein ganz anderer Mensch geworden, und sie kann sogar schon wieder lachen.

Nur, wie gesagt, wenn sie fremde Menschen sieht, zieht sie sich sofort zurück. Sie kommt meist erst dann zum Vorschein, wenn ich wieder allein bin. Aber an dich wird sie sich schon gewöhnen, davon bin ich überzeugt.

Uebrigens, Peter, da fällt mir ein: Was sollte denn das bedeuten, was du da sagtest? Waldmärchen, glaube ich, hieß es? Da hattest du sie wohl im Walde getroffen, als du von der Bahn hierher marschiertest. Mein Gott, ich kann mir denken, wie Susanne da davongelaufen ist, als sie dich sah. Aber Peter, seit wann bist du denn so poetisch?"

Keine Antwort erfolgte auf die Fragen Frau Irmas. Düster blickte Peter Heiden vor sich hin; sein Frohsinn war wie weggewischt und hatte einem düsteren Ernst Platz gemacht.

„Du bist mit einem Male so still, Peter. Was ist denn los?"

„Verzeih mir, Irma, aber das mit dem Mädchen geht mir im Kopfe herum. Sie hat viel Schweres erlebt, sagst du? Kannst du mir denn eigentlich etwas über sie erzählen?"

„O ja, das kann ich — gern."

Und Irma von Prachwitz erzählte in großen Umrissen, was sie von Susanne wußte.

„Als sie vor vier Jahren zu mir kam", fuhr sie fort, „tat sie mir schrecklich leid. In der ersten Zeit wollte es gar nichts mit ihr werden, trotz aller Mühe und trotz der guten Pflege, die ich ihr angedeihen ließ. Mit der Zeit wurde es zwar besser, aber so recht gefallen will sie mir immer noch nicht.

Ihr Gesicht bleibt durchsichtig wie je, und ihre Augen verlieren kaum den traurigen Ausdruck. Ich denke mir immer, sie muß sich heimlich mit etwas abquälen, von dem auch ich keine Ahnung habe."

„Vielleicht ist es Heimweh?"

„Ich glaube kaum, daß es das ist. Aus Rußland macht sie sich nichts. Natürlich grämt sie sich um ihre Eltern; aber ich habe das Gefühl, daß da noch etwas anderes ist, etwas, das tiefer geht..."

„Ja, weißt du, Irma, als ich im Wald unerwartet auf sie stieß, sah ich sie dasitzen auf einem Baumstamm: ein Bild des Kummers. Sie war so mit ihrem Gram beschäftigt, daß ich ganz nahe an sie herantreten mußte, ehe sie mich sah. Dabei ist das Mädchen schön, schön wie ein Märchen; und wie eine Märchenfigur erschien sie mir im ersten Augenblick. Alles an ihr ist köstlich, am schönsten vielleicht die großen, leuchtenden Augen, die voller Tränen waren, als sie zum ersten Male zu mir aufgeschlagen wurden. Am liebsten hätte ich sie in die Arme genommen, sie zu trösten. Aber da war sie schon aufgesprungen und davongerannt, wie gehetzt.

Nun lache mich aus, Irma, mich alten, dummen Narren. Aber glaube mir, das Mädchen flößt mir tiefstes Interesse ein."

Eine geraume Zeit blieb es stumm zwischen den beiden. Irma von Prachwitz grübelte still vor sich hin, ab und zu einen prüfenden Blick auf ihren Gast werfend.

Dann erhob sie sich, stellte sich hinter Peters Stuhl und strich ihm schwesterlich liebevoll über das volle, blonde Haar.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0005

Verkehrskatastrophen in Frankreich.

Vier Tote, zahlreiche Schwerverletzte.

Ein schweres Verkehrsunglück ereignete sich in Paris auf der Ausfallstraße nach Orléans. Ein vollbesetzter Autobus fuhr entgegen den Verkehrsbestimmungen mit großer Geschwindigkeit auf der linken Seite der großen Landstraße und raste hintereinander gegen fünf Autos und zwei Motorräder, die sämtlich aus der Fahrbahn geschleudert wurden und umstürzten. Der Autobus fuhr schließlich mit fast 80 Kilometer Geschwindigkeit gegen einen Baum und ging in Trümmer. Während die Insassen der angefahrenen Wagen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davonkamen, zog man aus den Trümmern des Autobusses vier Tote und 13 Schwerverletzte. Der Führer des Autobusses hat die Flucht ergriffen.

Sturm an der bretonischen Küste.

Ein Danziger Segelkutter an den Strand geworfen.

An der bretonischen Küste wütete ein heftiger Sturm. In Turballe wurde ein Segelkutter an den Strand geworfen, in dessen Kabine sich

zwei völlig erschöpfte Deutsche,

Richard Rexin und Otto Folkmann aus Danzig, befanden. Sie erklärten, daß sie Ende Juni mit zwei anderen Kameraden heimlich an Bord ihres Kutters „Freiheit" den Danziger Hafen verlassen hätten, um sich nach Spanien zu begeben. Unterwegs sei jedoch einer ihrer Freunde krank geworden und in Hamburg an Land gegangen. Der zweite habe sie in Holland verlassen. In Cherbourg hätte ihnen die Hafenbehörde ordnungsmäßige Papiere ausgestellt. Da der Kutter nur unwesentliche Beschädigungen erlitten hat, werden die beiden Segler voraussichtlich bei Eintritt besseren Wetters ihre Reise fortsetzen.

Bombenanschlag auf Europäer in Indien.

Indische Terroristen, die mit gestohlenen Polizeigewehren, Revolvern und Bomben bewaffnet waren, überfielen das Assam-Bengal-Eisenbahn-Institut in Chittagong (Bengal), wo sich eine europäische Abendgesellschaft versammelt hatte.

Sie schleuderten eine Bombe in die Versammlung, wobei eine Europäerin getötet, zwei Polizeioffiziere und sechs andere Europäer verwundet wurden. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Später wurde die Leiche einer jungen Indierin außerhalb des Gebäudes gefunden, die von mehreren Kugeln durchbohrt war.

Der Anschlag hat in Kalkutta große Erregung hervorgerufen. Besonders europäische Kreise fühlen sich gefährdet, da vor wenigen Tagen durch die eigene Rundfunkstation des indischen Kongresses eine Erklärung verbreitet wurde, in der sämtliche Europäer mit dem Tode bedroht werden. Die Behörden haben umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Nah und Fern

○ **Der Reichspräsident beglückwünscht Geheimrat Waibinger.** Der Reichspräsident hat dem „Als-ob"-Philosophen Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Hans Waibinger anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche übermittelt.

○ **„Graf Zeppelin" wieder nach Südamerika unterwegs.** „Graf Zeppelin" ist unter Führung von Dr. Eckener mit neun Passagieren zu seiner siebenten diesjährigen Fahrt nach Südamerika gestartet. An Bord werden etwa 150 Kilogramm Post mitgeführt.

○ **Die Hafftrankheit tritt wieder auf.** An der Küste des Frischen Haffs ist die Hafftrankheit, die in den Jahren 1924 bis 1925 zahlreiche Todesopfer forderte, wieder aufgetaucht. Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß in den Gemeinden Groß-Heydekrug, Zimmerbude und Pehse am Frischen Haff Krankheitserscheinungen, die der Hafftrankheit gleichen, festgestellt wurden. Die Krankheit tritt in leichterer Form auf als in den früheren Jahren. Bisher sind dreiundzwanzig Erkrankungen gemeldet.

○ **Folgenschwere Schießerei in einer Wirtschaft.** Eine schwere Bluttat ereignete sich in einer Wirtschaft in Alsdorf bei Aachen. Fünf Gäste waren mit einem Kellner in Streit geraten und schlugen den Mann mit einem Bierseidel über den Kopf. Als der Wirt einschreiten wollte, wurde auch er von den Gästen tätlich angegriffen, so daß er zum Revolver griff. Es entstand ein großer Tumult, in dessen Verlauf die Gäste mit Stuhlbeinen aufeinander losgingen. Der Wirt schoß in seiner Bedrängnis mehrmals und traf einen der Gäste tödlich. Zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt. Eine weitere Person erlitt erhebliche Kopfverletzungen. Das Überfallkommando nahm den Wirt fest, der behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben.

○ **Die Werkspionage bei der A. E. G. von französischer Seite verraten.** Zu der Werkspionage bei der A. E. G. und der Verhaftung des Betriebsingenieurs Schröter und des Chemikers Dr. Hertz erfährt man, daß die französische Konkurrenzfirma der A. E. G. auf das Angebot von Schröter und Hertz nur zum Schein eingegangen ist und die A. E. G. von der beabsichtigten Werkspionage sofort in Kenntnis gesetzt hat.

○ **Tödlicher Jagdunfall eines Berliner Verlegers.** Der 56jährige Verleger Wilhelm Elsner, Mitinhaber der Berliner Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Otto Elsner, der als Gast des Fürsten Esterhazy an einer Jagd in Komorn in Ungarn teilnahm, wurde bei einer Hirschjagd von einer Kugel getötet. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß für das Unglück niemand verantwortlich ist, da Elsner einen ihm zugewiesenen Platz verlassen hat und so in die Schußlinie gekommen ist.

○ **Den Schwiegervater mit dem Jagdgewehr erschossen.** In der Hirtenmühle bei Tscherwitz (Niederschlesien) hat sich eine entsetzliche Familientragödie zugetragen. Die Familie Fritz Robisch mit ihrer mit dem Bauarbeiter Max Wolschk verheirateten Tochter war am Abendtisch, als Wolschk hereintrat. Er rief seiner Frau zu, daß er jetzt einmal mit ihr abrechnen wolle. Es kam zu einem erregten Wortwechsel zwischen Mann und Frau, in dessen Verlauf der Mann so erregt wurde, daß er ein Jagdgewehr holte und auf seine Frau anlegte. Der Schwiegervater sprang dazwischen und wurde von der Kugel, die der Tochter galt, getroffen und auf der Stelle getötet. Der Täter flüchtete und konnte bisher noch nicht gefaßt werden.

⊙ **Mit einem gestohlenen Wasserflugzeug abgestürzt.** In Rio de Janeiro wurde ein der panamerikanischen Luftlinie gehörendes Wasserflugzeug gestohlen. Die Diebe überwältigten die Wächter und erhoben sich nach kurzer Zeit mit der Maschine in die Luft. Nachdem sie 40 Kilometer geflogen waren, stürzte das Flugzeug ab. Vier Personen wurden als Leichen unter der Maschine hervorgezogen.

Praktische Winke für den Tierzüchter.

Gelenkverstauchungen bei Pferden. Ursache derartiger Verstauchungen sind in der Regel Ueberdehnungen der Gelenkkapsel bzw. der Sehnenbänder in der Umgebung des Gelenks, die eine Verschiebung der Gelenkfläche zur Folge haben. Fehltritte, Ausgleiten auf glattem Boden, Ueberanstrengungen, Zerrungen der Bänder durch schlechten Hufbeschlag sind der häufigste Anlaß für Gelenkverstauchungen. Der Verlauf ist günstig, wenn nur eine Verstauchung in Frage kommt. Falls dagegen der Knochen angebrochen ist bzw. einen Sprung hat, so ist die Heilung sehr langwierig. Zunächst ist es wichtig, einem lahmen Tier vollständige Ruhe zu gewähren und vor allem gut einzustreuen, damit es auf einem verhältnismäßig weichen Untergrund steht. Ferner ist es zweckmäßig, einen sogenannten Prießnitzumschlag um das Gelenk anzubringen. Zu diesem Zweck wird ein Tuch in kaltes Wasser getaucht, ausgewunden, um die Gelenke bis herunter auf den Huf gelegt und darüber eine wollene Binde angebracht. Ein derartiger Umschlag ist am Tage aller drei Stunden zu erneuern. Nach etwa einer Woche empfiehlt es sich, einen Leimverband anzubringen, damit das kranke Gelenk ruhig gestellt wird. Der Leimverband, der nur vom Tierarzt angelegt werden kann, soll etwa zehn Tage liegen bleiben. Nach dieser Zeit kann der Verband entfernt und versucht werden, das Pferd täglich auf ebenem, weichem Boden im Schritt zu bewegen.

Moderne Jauchegrube. Eine Jauchegrube für z. B. 15 Stück Großvieh muß ein Fassungsvermögen von 4 bis 5 Kubikmeter erhalten, also bei 1,25 Meter quadratischer Grundfläche etwa 2 Meter Höhe. Eine Zuleitung von 15 Meter ist ziemlich reichlich. Die Rohre dazu würden mit etwa 15 Zentimeter Durchmesser genügen und müßten frostfrei, d. h. 80 Zentimeter unter Erdreich liegen. Das Gefälle der Rohre sollte nicht unter 1:100 genommen werden. Schlammhänge oder Stutschächte dazwischen sind nicht anzuordnen. Dagegen empfiehlt sich ein kleiner Schacht mit offener Durchflußrinne, von dem aus nach beiden Seiten, nach dem Stall und nach der Jauchegrube zu, die Rohre nötigenfalls gereinigt werden können. Im übrigen muß die Jauchegrube vollständig wasserdicht mit Zementmörtel gemauert und geputzt werden, ebenso der Fußboden aus Beton. Die Abdeckung kann überwölbt werden und an der Oberkante am Erdreich ein kleines Loch zum Einführen der Jauchepumpe enthalten.

Funk-Ecke

Freitag, den 30. September:

Deutsche Welle 1635.

10.10: Die Hirsche schreien. * 15.00: Schubert. Plauderei in Wort und Klang. * 15.40: Bodenuntersuchung. * 16.00: Vorschläge zur Gestaltung von Reformations- und Gustav-Adolf-Feiern in der Schule. * 16.30: Nachmittagskonzert Leipzig. * 17.30: Die natürlichen Machtmittel unseres Vaterlandes. * 18.00: Warum Kurzschrift für Jedermann? * 18.30: Weltpolit. Stunde. * 19.00: Wissenschaftl. Vortrag für Ärzte. * 19.20: Die Schulfürsorge. * 19.40: Zeitdienst. * 20.00: „Wallensteins Tod" von Friedrich v. Schiller. * 22.30 aus Washington: Worüber man in Amerika spricht (Wachsplatten).

Sonnabend, den 1. Oktober:

Deutsche Welle 1635.

10.10: Stunde der Unterhaltung. * 11.00 aus Köln: Kundgebung anläßl. der Jahrestagung der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau (aus dem Rathaus Krefeld). * 15.00: Kinderbastelstunde. * 15.45: Die Frau als Triebfeder der Wirtschaft. * 16.00: Weltgeschichtl. Alterskleistungen (zum 85. Geburtstag Hindenburgs). * 16.30: Nachmittagskonzert Hamburg. * 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. * 17.50: Denkwürdige Reden. * 18.05: Biographien unserer großen Musiker. * 18.30: Deutsch für Deutsche. * 19.00: Französischer Sprachunterricht. * 19.45: Im Spiegel der andern. * 20.00: Großes Operettenkonzert. * Danach bis 0.30 aus dem Konzertsaal, Stettin: Tanzmusik vom Funkball. * Als Einlage um 23.00 aus dem Marmorsal im Zoo, Berlin: Ausschnitt aus dem Trachtenfest des Elsässer und Lothringer Klubs.

Mitteldeutscher Rundfunk

Freitag, 30. September.

14.00: Kunstberichte. * 15.15: Pfarrer E. Langer: Humor auf dem Lande. * 16.00—16.15: Geheimrat Dr. A. Haenel: Deutsche Kriegsgräberfürsorge. * 16.30: **Nachmittagskonzert.** Dresdener Philharmonie. Dirig.: H. Schaefer. * 17.30: Wissenschaftliche Umschau. Prof. Dr. A. Seiß, Berlin: Bezwinger der Natur. * 18.25: Englisch. * 18.50: Wir geben Auskunft . . . * 19.00: Priv.-Doz. Dr. F. Boesler: Bericht über die Tagung des Vereins für Sozialpolitik am 23. und 24. September in Dresden. * 19.30: „Das Orchester." Hörstudie von A. Schröter. Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: H. Weber. * 21.00 aus Washington: K. G. Sell: Worüber man in Amerika spricht. * 21.15: „Der andere Siderman" zum 75. Geburtstag des Dichters. Einleitung und Auswahl aus „Das Bilderbuch meines Lebens" und „Litauische Geschichten" von W. Schmidt-Wieland. Leitung: H. Langewisch.

Sonnabend, 1. Oktober.

11.00: **Kundgebung anläßlich der Jahrestagung der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau** aus dem Rathaus in Krefeld durch Köln. * 14.30: Kinderstunde: Spielen und Basteln mit Dr. Ilse Cybrig. * 15.15: Dr. Ernst H. Lehmann: Familienzeitschriften gestern und heute. * 16.00: Musikberatung des Mitteldeutschen Rundfunks. * 16.30: **Nachmittagskonzert** aus Berlin. Berliner Funkorchester. Dirigent: Br. Seidler-Winkler. * 18.00: H. Liedtke: Auf dem „Stahlroß" durch das Sachsenland. * 18.30: Dr. M. Kunath: Temperament wird Sprache. * 18.50: Gegenwartslexikon. * 19.00: Schlüssel und Schwert. Hörfolge Naumburg von Dr. N. Schmidt. Regie: J. Krahé. * 20.00: Bunter Abend aus Hamburg.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[14

„Peter, ich will jetzt weiter nichts sagen. Laß die Dinge ihren Weg gehen, Gott wird schon alles richtig lenken. Bleibe zunächst einmal hier und lerne Susanne richtig kennen. Ueberzeuge dich von ihren Eigenschaften, ihrem Wesen. Versuche, ihr näherzukommen, ihr Vertrauen zu gewinnen — dann erst wollen wir weiter sehen. Ich selbst kann dir nur Gutes sagen von Susanne, und ich würde ihr von ganzem Herzen alles Glück der Welt gönnen."

Dankbar nahm der Mann die derbe und doch wohlgepflegte kleine Hand der Frau in die seine, um sie innig zu küssen. Er wußte, Irma von Prachwitz war ein aufrichtiger und scharfsichtiger Mensch, und sie würde ihre Liebe nur einem Mädchen schenken, das diese Liebe verdiente. Auf Irmas Urteil konnte er sich verlassen, darüber war er sich klar.

* * *

Wie es gekommen war, das wußte keiner von ihnen. Peter Heiden und Susanne Marisfi waren sehr gute Freunde geworden. Nicht eigentlich, daß sie sich gesucht hatten. Aber es war ganz von selbst gekommen, daß sie immer und immer wieder in eifriger Unterhaltung beieinander standen.

Ueber Susannes Gesicht flog jedesmal ein heller Schein, wenn sie dem großen, blonden Manne begegnete. Ein Lächeln lag dann um ihren Mund, voll Süße und heimlicher Sehnsucht. Ein banges Glücksgefühl war in ihr Herz gezogen seit dem Augenblick, als sie Peter Heiden das erste Mal im Walde gesehen hatte, und es war nicht mehr zu bannen, solange er in Prachwitz weilte.

Sie fragte sich immer und immer wieder, ob sie diesem Gefühl Raum geben, ob sie es wagen durfte, nach einem Glück zu lechzen, dessen sie nicht würdig war. Und doch, so sehr sie auch grübelte, die Gegenwart war stärker als die Vergangenheit, deren Schatten vor dem leuchtenden Glück verblaßten, das nun vor Susanne aufzusteigen begann.

Sie sehnte jeden neuen Tag herbei, der ihr wieder die Gegenwart des sonnigen Mannes bringen würde, der so gütige Augen hatte, der so liebevoll mit ihr umging.

Alles auf Prachwitz rühmte seine Milde, seine Menschenfreundlichkeit. Es gab niemand, der ihm feind war.

Oh, wie bezaubert sah Susanne jedesmal der hünenhaften, breiten Männergestalt nach, wenn sie dahinging, im grünen Jagdrock, das Gewehr über der Schulter. Wie ein König schritt er dahin, von allen gegrüßt, von allen geliebt — das scharfe, bartlose Gesicht, schon leise von den Furchen des Lebens durchzogen.

Susanne wußte es, daß sie diesen Mann liebte, unsagbar und innig. Sie fieberte diesen herrlichen Abenden entgegen, an denen sie beisammen saßen: Irma von Prachwitz, Peter und Susanne. Wie gebannt hing Susanne an Peters Lippen, jedes Wort sog sie in sich hinein wie einen köstlichen Trank. Oh, er wußte herrlich zu erzählen, von all seinen vielen Reisen, von dem Schönen und Seltsamen, das er geschaut.

Später lag sie dann im Bett und fand keinen Schlaf, wollte ihn nicht finden, um ungestört an den Geliebten denken zu können.

Kurz vor Weihnachten war Peter Heiden auf sein Gut gefahren, um sich dort umzusehen und um die Bescherung vorzunehmen. Gleich nach Neujahr kehrte er wieder nach Prachwitz zurück.

Das wundersame Spiel begann von neuem. Mit Herzklopfen mußte Susanne feststellen, daß Peter sie jetzt oft so seltsam ansah und daß sie nicht wußte, ob sie sich darüber freuen oder ob sie Angst haben sollte. Zuerst war sie beglückt, tief und restlos. Dann kam diese schreckliche Angst, die sich lähmend auf ihre Seele legte. Würde es wieder so anfangen wie das erste Mal? Und würde es wieder schrecklich enden?

Nein, nein, daran durfte sie nicht denken. Sie mußte das Entsetzliche endlich vergessen. Oh, wenn sie sich einmal diese Last von der Seele reden könnte! Wenn sie einen Menschen hätte, dem sie sich ganz offenbaren durfte! Dann, das wußte sie, dann würde sie frei werden von diesem Druck, der ihr Leben vergiftete.

Wenn sie sich ein einziges Mal an seine breite Brust flüchten dürfte, um sich alle Qual herunterzureden, während sie an ihm lehnte. Er war die Güte und die Milde selbst, und er würde alles begreifen können und ihr verzeihen.

Dann wieder gedachte sie stöhnend des Wortes, das Frau von Prachwitz kürzlich gebraucht hatte: Peter Heiden sei gut und gerecht. Aber so streng er mit sich selbst ins Gericht gehe, so streng würde er auch über die Sünde und die verbrecherischen Leidenschaften der anderen richten.

Und war die Sünde nicht riesengroß, die sie begangen hatte? So groß, daß er dafür keine Verzeihung finden würde? Und doch war sie rein und unschuldig gewesen und so unerfahren, daß es nicht schwer gewesen war, sie zu umgarnen und elend zu machen.

Hin und her gerissen wurde Susanne von dem Kampf, der sich in ihrem Innern abspielte. Sie begann, die Gesellschaft der beiden fröhlichen Menschen wieder zu meiden, und sie floh scheu, wenn sie die Schritte des geliebten Mannes nahen hörte.

Bis es eines Tages geschah, daß sie ihm nicht mehr ausweichen konnte. Daß er breitbeinig vor ihr stand, sie mit seinen Händen an den Schultern festhaltend.

„Susanne, endlich habe ich Sie fest. Sagen Sie mir, warum fliehen Sie, wenn Sie mich sehen? Was habe ich Ihnen getan?"

Mit brennenden Augen sah er sie an.

Da war er wieder, dieser Blick — dieser Blick. Und doch war es keine Angst, die sie durchzog; es war Wonne, himmlisch süßes Erbeben, das ihren ganzen Körper durchströmte. Glitzernd quoll es hervor unter ihren geschlossenen Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 117. **Donnerstag, den 29. September 1932.** **35. Jahrg.**

Papen vor dem Untersuchungsausschuß

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat als Untersuchungsausschuß erneut zusammen, um die Beweisaufnahme über

die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung

durch Vernehmung der Mitglieder der Reichsregierung und weiterer Zeugen abzuschließen und im Anschluß daran über Anträge und Aufhebungen von Notverordnungen zu beraten.

Geladen sind als Zeugen Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Staatssekretär Dr. Planck sowie einige Reichstagsabgeordnete und mehrere von Fraktionen genannte Zeugen der Vorgänge.

Unter lebhafter Spannung wurde zunächst

Reichskanzler von Papen in den Saal gerufen,

der alsbald erschien und dem Vorsitzenden gegenüber Platz nahm. Der Reichskanzler wies zunächst darauf hin, daß Reichstagspräsident Göring im ersten Teil der letzten Reichstagssitzung nicht ausdrücklich festgestellt habe, daß durch Ausfall des Einspruches der kommunistische Antrag auf Abänderung der Tagesordnung angenommen worden sei. Er habe deshalb erwartet, daß der Präsident nach Wiedereröffnung der Sitzung noch einmal den kommunistischen Antrag zur Abstimmung stellen würde. Nachdem dies aber nicht der Fall gewesen sei, habe er sich sofort erhoben und ums Wort gebeten. Der Reichstagspräsident habe eine abwehrende Geste gemacht und gesagt: „Zu spät, wir sind in der Abstimmung." Dann habe der Staatssekretär den Präsidenten auf die Wortmeldung hingewiesen, und als auch das erfolglos geblieben sei, habe er, der Kanzler, sich zum zweitenmal, wiederum ohne Erfolg, zum Wort gemeldet. Der Reichskanzler betonte, daß er dann

das Auflösungsdekret

auf den Tisch des Präsidenten gelegt habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich nur ausdrücklich zum Wort gemeldet habe oder nachher auch durch Aufstehen oder Handaufheben, erwiderte der Kanzler, er sei nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt:

„Ich bitte ums Wort."

Ich nehme aber an, so fügte der Kanzler hinzu, daß das bei der Unruhe des Hauses am Stenographentisch nicht verstanden worden ist.

Reichstagspräsident Göring betonte dazu, der Reichskanzler sei erst aufgestanden, nachdem er, der Präsident, die Worte ausgesprochen hätte, „Wir stimmen ab". Die Äußerung des Kanzlers „Ich bitte ums Wort" habe er nicht verstanden. Der Präsident fragt dann den Zeugen, ob er nicht als erstes „amtlich" gebraucht hätte. — Reichskanzler von Papen: „Ich habe das Wort ‚amtlich' überhaupt nicht gebraucht."

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Pfleger (Bayer. Volkspartei), ob er nicht während der Pause versucht habe, eine Wortmeldung einzureichen, erwiderte der Reichskanzler, es sei dies aus dem einfachen Grunde nicht geschehen, weil er angenommen habe, daß der kommunistische Antrag abgelehnt werden würde.

„Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß

die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde.

Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde, und war selbst völlig überrascht." — Auf die Frage des Abg. Dr. Franck II (Natsoz.) an den Kanzler, ob er die Auffassung habe, daß die Abstimmung nicht rechtswirksam sei, erwiderte der Kanzler, sie sei nicht rechtsgültig, denn sie sei erfolgt nach Zustellung des Auflösungsdekrets. Auf die weitere Frage, ob ihm bekannt sei, daß während einer Abstimmung Wortmeldungen nicht entgegengenommen würden, entgegnete der Kanzler, daß die Abstimmung seiner Auffassung nach noch nicht begonnen hatte.

Im Verlaufe eines längeren Frage- und Antwortspiels gab der Reichskanzler die Erklärung ab, daß er vor dem Überwachungsausschuß nicht erschienen sei, weil nach Auffassung der Nationalsozialisten die Regierung nicht mehr zu Recht bestehe und er sich sonst der Tatsache ausgesetzt hätte, daß man ihn frage, „was wollen Sie denn hier? Sie sind nicht mehr im Amt." Von vornherein habe übrigens

nicht die Absicht der Auflösung bestanden.

Der Kanzler bestätigte, daß er sich die Auflösungsurkunde erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft habe. Die Absicht, den Reichstag bei Wiederbeginn der Sitzung auf jeden Fall aufzulösen, habe nicht bestanden.

In Fortsetzung der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Vorgänge in der letzten Reichstagssitzung hob Reichstagspräsident Göring hervor, daß er selbstverständlich dem Regierungschef das Wort zur Regierungserklärung erteilen würde, wenn er das nach der Geschäftsordnung und nach der Verfassung könne, an die er gebunden sei. Bei einer Besprechung habe der Kanzler keinen Zweifel gelassen, daß er eine Abstimmung über das Mißtrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würde. — Reichskanzler von Papen bestätigte diese Mitteilung durch Kopfnicken.

Auf die Frage, wann die Auflösungsorder unterzeichnet worden sei, in der Pause oder schon bei Beginn der Sitzung, erklärte der Reichskanzler, er müßte es bedauern, diese Neugierde nicht befriedigen zu können.

Damit schloß die Vernehmung des Kanzlers.

Der Zeuge Reichsinnenminister Freiherr von Gayl bestätigte im wesentlichen die Aussagen des Reichskanzlers.

Staatssekretär Dr. Planck

bestätigte, daß sich der Reichskanzler zweimal zum Wort gemeldet habe; er erinnere sich, daß der Reichstagspräsident bei der ersten Wortmeldung des Reichskanzlers eine abwehrende Handbewegung gemacht habe. Der Reichstagspräsident bestritt dies und empfahl die Anberaumung eines Lokaltermins im Sitzungssaal.

Damit war die Vernehmung der Reichsminister und des Staatssekretärs erledigt. Es wurden dann noch einige Reichstagsabgeordnete und Personen, die auf der Publikumstribüne den Verhandlungen beigewohnt haben, vernommen. Wesentlich Neues brachten diese Zeugenaussagen nicht. Darauf wurde die öffentlich[illegible] schlossen.

Göring bekommt Re[illegible]

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung [illegible] Volksvertretung nahm als Ergebnis der B[illegible] über die Vorgänge in der letzten Reichs[illegible] den Stimmen der Nationalsozia[illegible]

Die Polizei im R[illegible]e

Ein parlamentarisches Nachspie[illegible]

Der Polizeiuntersuchungsausschuß de[illegible] Landtags behandelte am Mittwoch die pol[illegible] suchung des Reichstagsgebäudes in der Nac[illegible] tember d. J. Als Zeugen sind für den Fa[illegible] Reichstagspräsident Göring, der Direktor [illegible] Geheimrat Galle, Polizeipräsident Melche[illegible] teiligten Beamten des Polizeipräsidiums. [illegible] Sitzung gab ein Vertreter des Reichskomm[illegible] klärung ab, in der

die Aussagegenehmigung für die P[illegible] des Polizeipräsidiums verweigert

Der Berichterstatter, Abg. Möller-Halle (So[illegible] daß Regierungsrat von Werder den Ve[illegible] nehmigung des Reichstagspräsidenten f[illegible] suchung des Reichstags herbeizuführen, i[illegible] unternommen habe. Bei den Akten des [illegible] steriums befinde sich u. a. ein Schreiben des Innenministeriums an den Polizeipräsidenten, in dem gesagt wird, daß das Innenministerium die Rechtsauffassung des Regierungsrats von Werder nicht teile. Es werde aber lediglich die Erwartung ausgesprochen, daß Regierungsrat von Werder künftig die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Schranken der von ihm anzuwendenden Polizeigewalt gewissenhaft beobachte. Der Berichterstatter sprach die Vermutung aus, daß das Vorgehen des Regierungsrats von Werder vorbereitet gewesen sei. In den Akten sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, von wem die fernmündliche Mitteilung an Regierungsrat von Werder stamme, daß ein Sprengstoffanschlag im Reichstagsgebäude geplant sei. Wie in vielen Prozessen, so spiele also auch hier

[illegible]roße Unbekannte"

[illegible]en Richtern nur ein mildes ver[illegible] auslöse. Schließlich teilte der Be[illegible] Akten noch eine Bekundung des [illegible]age, Geheimrat Galle, mit, wonach [illegible] September eine Polizeikommando [illegible]ag begehrt habe mit der Begrün[illegible] die Fraktionssitzung der NSDAP. [illegible]n. Dem Polizeikommando sei aber [illegible]ehrt worden. Ebenso sei ihm der [illegible] Zutritt zum Hause des Reichstags[illegible]rden.

[illegible] (Soz.) und Abg. Kasper (Komm.) [illegible] im Interesse der Regierung und [illegible] die leitenden Polizeibeamten ver[illegible]n. Freisler (Nat.-Soz.) erblickte in [illegible]ung eine Verfassungsverletzung. [illegible]onte, der Reichskommissar fühle sich nun einmal diesem Landtag nicht verantwortlich, der ja auch gar nicht arbeitsfähig sei. Ob Verfassungsbestimmungen verletzt wurden oder nicht, sei für diesen Fall, wo es sich um Staatssicherheit handele, gleichgültig.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern hatte inzwischen den Ausschuß verlassen. Abg. Meistermann (Ztr.) empfahl, der Regierung nahezulegen, wieder einen Vertreter zu entsenden, da die Zeugenaussagen doch auch für sie von Interesse sein dürften. Der Vorsitzende ließ das Ministerium diesbezüglich telephonisch verständigen.

Der Ausschuß trat dann in die Zeugenvernehmung ein. Der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, betonte, daß er Einspruch gegen die polizeiliche Durchsuchung des Reichstages erhoben hätte. Von Herrn von Werder

Zentrums und des Vertreters der Bayerischen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen zunächst einen auf Wunsch des Zentrumsabgeordneten Wegmann erweiterten nationalsozialistischen Antrag an, wonach der Ausschuß feststellt:

„Reichskanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Präsidenten entsprach sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden. — Aus den Ausführungen des Reichskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag noch vor der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen."

Weiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß es die Absicht des Kanzlers gewesen sei, seine Regierungserklärung abzugeben und die Aussprache stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung die Auflösung herbeizuführen. Der Reichskanzler habe auch die Möglichkeit erkannt, daß sofort abgestimmt werden würde.

Annahme fand auch der weitere Teil des sozialdemokratischen Antrages, wonach der Ausschuß daran festhält, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und dem Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Ferner nahm der Ausschuß mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten einen kommunistischen Antrag an, die Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres und die Notverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten sowie die bisher von diesen verhängten Urteile sofort aufzuheben.

Schließlich wurde noch mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, der Reichspräsident wolle die Notverordnungen vom 4. September aufheben. Es fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, die Notverordnungen vom 4. und 5. September außer Kraft zu setzen. Außerdem wurde mit den [illegible]nalsozialisten, Kommunisten und [illegible] kommunistischer Zusatzantrag an[illegible]geht, daß alle auf Grund dieser [illegible]ts getroffenen Maßnahmen zurück[illegible] ferner die Reichsregierung unver[illegible]uß zu erscheinen hat. Ein weiterer [illegible]ige Aufhebung der Notverordnung [illegible] Damit war die Tagesordnung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320929-17/fragment/page=0007